

S Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1-3, 28195 Bremen

Basisprospekt vom 25. August 2011

für **Inhaberschuldverschreibungen**

[mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Reverse Floating Verzinsung] [mit Kündigungsrecht der Emittentin] [ohne Kündigungsrecht der Emittentin]

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTES	6
1.1	Wichtige Hinweise	6
1.2	Die Sparkasse Bremen AG	6
1.2.1	Kurzbeschreibung der Emittentin	6
1.2.2	Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen	9
1.2.3	Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin	11
1.3	Die Inhaberschuldverschreibungen	12
1.3.1	Beschreibung	12
1.3.2	Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere	13
2	RISIKOFAKTOREN	16
2.1	Emittentin	16
2.2	Wertpapiere	19
3	EMITTENTENBESCHREIBUNG.....	24
3.1	Angaben zur Emittentin	24
3.1.1	Verantwortliche Personen	24
3.1.2	Abschlussprüfer	25
3.1.3	Angaben über die Emittentin	25
3.1.3.1	Juristischer Name und Handelsregistereintragung	25
3.1.3.2	Gründung der Die Sparkasse Bremen AG	25
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	25
3.1.3.4	Geschäftsanschrift und Internetpräsenz	26
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind	26

3.1.4	Geschäftsüberblick	26
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen	26
3.1.4.2	Geschäftsfelder	26
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	27
3.1.5	Organisationsstruktur	27
3.1.6	Trendinformationen	29
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	29
3.1.7.1	Organe	29
3.1.7.2	Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	29
3.1.7.3	Die Hauptversammlung	31
3.1.7.4	Interessenkonflikte	32
3.1.8	Hauptaktionär der Die Sparkasse Bremen AG	32
3.1.9	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	32
3.1.9.1	Geschäftsjahr	32
3.1.9.2	Historische Finanzinformationen	32
3.1.10	Gerichts- und Schiedsverfahren	33
3.1.11	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Die Sparkasse Bremen AG	33
3.1.12	Einsehbare Dokumente	33
3.2	Historische Finanzinformationen	33
4	WERTPAPIERBESCHREIBUNG FÜR SCHULDVERSCHREIBUNGEN DER DIE SPARKASSE BREMEN AG	34
4.1	Allgemeines	34
4.2	Verantwortliche Personen	35
4.3	Wichtige Angaben	35
4.3.1	Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte	35
4.3.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	35

4.4	Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, mit fester Stufen-, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung	35
4.4.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer	35
4.4.2	Anwendbares Recht	36
4.4.3	Verbriefung	36
4.4.4	Währung	36
4.4.5	Status und Rang	36
4.4.6	Kündigungsrecht der Emittentin	37
4.4.7	Verzinsung	38
4.4.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	42
4.4.9	Rendite	43
4.4.10	Ermächtigung	43
4.4.11	Emissionstermin	43
4.4.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere	43
4.4.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	43
4.4.14	Verkaufsbeschränkungen	44
4.5	Bedingungen und Konditionen des Angebots	45
4.5.1	Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots	45
4.5.1.1	Emissionsvolumen, Stückelung	45
4.5.1.2	Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn	45
4.5.1.3	Lieferung der Wertpapiere	45
4.5.2	Potentielle Investoren	45
4.5.3	Kursfestsetzung, Verkaufskurs	45
4.5.4	Platzierung und Emission	46
4.5.4.1	Platzierung	46
4.5.4.2	Zahl- und Hinterlegungsstelle	46
4.6	Zulassung zum Handel	46

4.7	Zusätzliche Informationen	46
4.7.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden	46
4.7.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	47
4.7.3	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen	47
5	ANLEIHEBEDINGUNGEN	47
6	ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN	55
7	ANHANG MIT HISTORISCHEN FINANZINFORMATIONEN	62
	Lagebericht 2009	F 01/09
	Jahresabschluss 2009	F 15/09
	Jahresbilanz	F 16/09
	Gewinn- und Verlust-Rechnung	F 18/09
	Anhang	F 19/09
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F 32/09
	Lagebericht 2010	F 01/10
	Jahresabschluss 2010	F 17/10
	Jahresbilanz	F 18/10
	Gewinn- und Verlust-Rechnung	F 20/10
	Anhang	F 21/10
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F 36/10
8	UNTERSCHRIFTENSEITE	U 01

1 Zusammenfassung des Prospektes

1.1 Wichtige Hinweise

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen. Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes einschließlich etwaigen Nachträgen zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes einschließlich etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen. Die Sparkasse Bremen AG (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt) haftet für den Inhalt dieser Zusammenfassung, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird. Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

1.2 Die Sparkasse Bremen AG

1.2.1 Kurzbeschreibung der Emittentin

Bezeichnung	Die Sparkasse Bremen AG
Rechtsform	Die Sparkasse Bremen AG ist eine öffentliche Sparkasse des Privatrechts in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.
Rechtsordnung	Deutsches Recht

Sitz	Bremen
Hauptaktionär	Alleingesellschafterin der Die Sparkasse Bremen AG ist die Finanzholding der Sparkasse in Bremen in der Rechtsform eines eingetragenen wirtschaftlichen Vereins mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung. Träger der Finanzholding sind deren Mitglieder. Mitglieder sind die Stadtgemeinde Bremen, die Vorstandsmitglieder, der Konsulent der Finanzholding sowie natürliche Personen, die von der Mitgliederversammlung im Wege des Selbstergänzungsrechts gewählt werden.
Aufgaben	Die Sparkasse Bremen AG erbringt gemäß ihrer Satzung geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen und den Anforderungen des Marktes unter Berücksichtigung ihrer am Gemeinwohl orientierten Aufgabenstellung. Sie gibt insbesondere Gelegenheit zur sicheren und verzinslichen Anlage von Ersparnissen und anderen Geldern, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und dient der Befriedigung des Kreditbedarfs der örtlichen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes.
Organe	Organe sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.
Geschäftsfelder	Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG ist der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art gemäß § 1 Abs. 1 KWG mit Ausnahme des Investmentgeschäftes, des Eingehens der Verpflichtung, zuvor veräußerte Darlehensforderungen vor Fälligkeit zurückzuerwerben, der Tätigkeit als zentraler Kontrahent sowie des E-Geld-Geschäftes. Darüber hinaus erbringt sie Finanzdienstleistungen gemäß § 1 Abs. 1a KWG mit Ausnahme

der Drittstaateneinlagenvermittlung, des Betriebes eines multilateralen Handelssystems, des Platzierungsgeschäftes, der Finanzportfolioverwaltung, der Anlageverwaltung, des Factoring sowie des Finanzierungsleasing.

Ausgewählte wichtige
Ereignisse aus jüngster Zeit
in der Geschäftstätigkeit
der Emittentin

Innerhalb des aktuellen Geschäftsjahres gab es kein wichtiges Ereignis in der Geschäftstätigkeit, das in erheblichem Maße Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG hat.

Geschäftsanschrift

Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1-3, 28195 Bremen
Telefon: 0421/179-0

Internetseite

www.sparkasse-bremen.de

1.2.2 Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) über Die Sparkasse Bremen AG für die Geschäftsjahre 2009 und 2010, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind den geprüften und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlüssen der Geschäftsberichte 2009 und 2010 der Emittentin entnommen:

	31.12.2010	31.12.2009
	in T€	in T€
Bilanz		
Barreserve	241.855	176.187
Forderungen an Kreditinstitute	890.598	1.064.187
Forderungen an Kunden	7.703.885	7.626.304
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	767.771	1.064.891
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	608.305	551.555
Handelsbestand	25.882	-
Beteiligungen	117.293	119.871
Anteile an verbundenen Unternehmen	97.910	97.734
Treuhandvermögen	19.403	18.937
Immaterielle Anlagewerte	2.150	4.300
Sachanlagen	91.700	98.485
Sonstige Vermögensgegenstände	32.686	23.457
Rechnungsabgrenzungsposten	4.260	4.093
<i>Bilanzsumme Aktiva</i>	<i>10.603.698</i>	<i>10.850.001</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.844.609	2.541.521
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.335.296	6.900.308
Verbriefte Verbindlichkeiten	274.487	217.728
Treuhandverbindlichkeiten	19.403	18.937
Sonstige Verbindlichkeiten	28.032	32.382
Rechnungsabgrenzungsposten	5.107	5.755
Rückstellungen	294.987	292.410
Nachrangige Verbindlichkeiten	177.334	164.499
Genussrechtskapital	62.000	137.000
Eigenkapital	562.443	539.461
<i>Bilanzsumme Passiva</i>	<i>10.603.698</i>	<i>10.850.001</i>

	2010	2009
	in T€	in T€
Gewinn- und Verlust-Rechnung		
Zinserträge	401.574	443.562
Zinsaufwendungen	194.115	264.057
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	21.505	22.436
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungs- verträgen	3.181	1.004
Provisionserträge	62.120	65.416
Provisionsaufwendungen	6.318	6.272
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	-765	2.133
Sonstige betriebliche Erträge	16.618	22.490
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	178.610	209.361
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	9.558	10.273
Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.818	11.606
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	43.516	34.482
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	11.650	3.736
Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.485	1.500
<i>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</i>	<i>36.163</i>	<i>15.754</i>
Außerordentliche Erträge	44	-
Außerordentliche Aufwendungen	6.395	-
Steuern	6.830	3.015
<i>Jahresüberschuss</i>	<i>22.982</i>	<i>12.739</i>

1.2.3 Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende wesentliche Risikofaktoren können bedeutende nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Die Sparkasse Bremen AG, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:

Risikomanagement

Die Sparkasse Bremen AG investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Die Sparkasse Bremen AG auswirken.

Operationelles Risiko

Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige externe Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes sowie eine Unangemessenheit oder ein Versagen von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der internen Infrastruktur können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Die Sparkasse Bremen AG mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Die Sparkasse Bremen AG.

Wettbewerb

Sollte es der Die Sparkasse Bremen AG nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.

Bonitätsrisiko

Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass

ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Die Sparkasse Bremen AG führen.

Liquiditätsrisiko

Im Falle einer Liquiditätskrise wäre Die Sparkasse Bremen AG möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.

1.3 Die Inhaberschuldverschreibungen

1.3.1 Beschreibung

Die Ausstattung der Wertpapiere sowie die Angebotsbedingungen ergeben sich aus diesem Prospekt in Verbindung mit den Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt.

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb von Schuldverschreibungen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen und die Eignung solcher Schuldverschreibungen angesichts ihrer persönlichen Umstände immer vor Erwerb mit ihren eigenen Finanz-, Rechts- und Steuerberatern erörtern.

Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Die Sparkasse Bremen AG, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von EUR ●. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Die Emittentin beabsichtigt, laufend Emissionen von Schuldverschreibungen [mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Reverse Floating Verzinsung] [mit Kündigungsrecht der Emittentin] [ohne Kündigungsrecht der Emittentin] zu begeben.

1.3.2 Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere

Folgende wesentliche Risikofaktoren bestehen im Zusammenhang mit den Wertpapieren:

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch regelmäßig An- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern

Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen ordentlich oder außerordentlich zu kündigen und somit vorzeitig zum Nennwert zurückzubezahlen, besteht das Risiko, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]

[Bei Schuldverschreibungen [mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] kann ein steigendes allgemeines Marktzinsniveau zu einem Kursrückgang der Schuldverschreibungen führen.]

[Der Kurs von Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus stärker beeinflusst als der von üblichen Anleihen.]

[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

[Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.]

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb

Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen tragen ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen. Bei Insolvenz der Emittentin werden zunächst alle nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt. Erst danach werden, soweit möglich, ausstehende Nachrangschuldverschreibungen bedient.

Risiko durch Basiswertentwicklung

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen beinhaltet stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Basiswerte (Referenzzinssatz) haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung abzusichern.

Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Die variable Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler oder Reverse Floating Verzinsung beinhaltet

deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko resultiert unter anderem daraus, dass ein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen nicht vorgesehen ist. Es ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.

2 Risikofaktoren

Folgende wesentliche Risikofaktoren bestehen im Zusammenhang mit der Emittentin und den Wertpapieren:

2.1 Emittentin

Die Sparkasse Bremen AG ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Die Sparkasse Bremen AG, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat Die Sparkasse Bremen AG zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Sparkasse Bremen AG investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf Die Sparkasse Bremen AG auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen. Selbst wenn die Methoden und Verfahren zur Risikomessung voll wirksam sind, können trotzdem Verluste und / oder Umsatz- und Gewinnrückgänge eintreten.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige externe Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes sowie eine Unangemessenheit oder ein Versagen von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der internen Infrastruktur können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Die Sparkasse Bremen AG mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit solcher Ereignisse mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte Die Sparkasse Bremen AG offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen,

die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Die Sparkasse Bremen AG führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Die Sparkasse Bremen AG herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Die Sparkasse Bremen AG nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist Die Sparkasse Bremen AG dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Geschäftspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Die Sparkasse Bremen AG nicht oder nur teilweise nachkommen können. Obwohl Die Sparkasse Bremen AG ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Sparkasse Bremen AG wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) sowie höhere Risikoaufschläge können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Bank, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Die Sparkasse Bremen AG können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine

solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Die Sparkasse Bremen AG nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Die Sparkasse Bremen AG zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf Die Sparkasse Bremen AG auswirken.

Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit

Die Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktgesetzen liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt Die Sparkasse Bremen AG ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist in jedem Fall unerlässlich und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbskurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen steuerlich realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Anleihe insgesamt entweder außerordentlich oder ordentlich zu den in den Anleihebedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass sein Investment nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom Anleihegläubiger gezahlte Kaufpreis ist und dadurch das eingesetzte Kapital zum Teil verloren ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass Anleger die Beträge, die sie bei einer Kündigung erhalten, nur noch mit einer niedrigeren Rendite als die gekündigten Schuldverschreibungen anlegen können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinnsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

[Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinssätzen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.]

[Bei Schuldverschreibungen [mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] kann ein steigendes allgemeines Marktzinnsniveau zu einem Kursrückgang der Schuldverschreibungen führen.]

[Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung haben Veränderungen des Marktzinnsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei üblichen Anleihen.]

[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum

Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

[Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.]

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende Nachrangschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Zinsrisiko durch Basiswertentwicklung

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen beinhaltet stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen.

Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Basiswerte (Referenzzinssatz) haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung abzusichern.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Basiswertes (Referenzzinssatz) hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die Die Sparkasse Bremen AG keine Kontrolle hat. Falls die Formel zur Ermittlung von Zinsen darüber hinaus einen Multiplikator oder Hebelfaktor, Zinsober- oder -untergrenzen enthält, wird die Wirkung von Veränderungen beim jeweiligen Basiswert für den zu zahlenden Betrag verstärkt. Eine historische Wertentwicklung des Basiswertes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen angesehen werden.

Die Sparkasse Bremen AG kann für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, die auch „Basiswerte“ im Rahmen von Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen betreffen und diesen möglicherweise beeinflussen.

Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Die variable Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler oder Reverse Floating Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die variable Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind

möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung abzusichern.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die Die Sparkasse Bremen AG keine Kontrolle hat. Falls die Formel zur Ermittlung von Zinsen darüber hinaus einen Multiplikator oder Hebelfaktor, Zinsober- oder –untergrenzen enthält, wird die Wirkung von Veränderungen beim jeweiligen Referenzzinssatz für den zu zahlenden Betrag verstärkt. Eine historische Wertentwicklung des Referenzzinssatzes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung angesehen werden.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko resultiert unter anderem daraus, dass ein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen nicht vorgesehen ist. Es ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.

Erhöhtes Risiko bei Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen

Die Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen ist gegenüber anderen Anleihen durch ein erhöhtes Renditerisiko gekennzeichnet.

3 Emittentenbeschreibung

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Sparkasse Bremen AG mit Sitz in Bremen übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 war der Hanseatische Sparkassen- und Giroverband, Prüfungsstelle, Überseering 4, 22297 Hamburg. Die zuständigen Wirtschaftsprüfer dieser Prüfungsstelle sind Mitglieder der Wirtschaftsprüfungskammer und des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IdW), Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf. Die geprüften und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehenen Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt.

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer Name und Handelsregistereintragung

Die Sparkasse Bremen AG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bremen unter HRB 21770 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Die Sparkasse Bremen AG

Die heutige Sparkasse Bremen AG wurde am 29. Juni 1825 in der Freien Hansestadt Bremen als Die Sparkasse in Bremen in der Rechtsform eines eingetragenen wirtschaftlichen Vereins nach altem bremischen Recht mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung gegründet.

Im Geschäftsjahr 2004 erfolgte mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2004 die Ausgliederung des operativen Bankbetriebes auf Die Sparkasse Bremen AG. Der wirtschaftliche Verein – seit 1825 als Die Sparkasse in Bremen Träger des Sparkassengeschäfts – blieb erhalten, firmiert seit dem 6. September 2004 als Finanzholding der Sparkasse in Bremen und hält sämtliche Aktien der Die Sparkasse Bremen AG.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Sparkasse Bremen AG ist eine öffentliche Sparkasse des Privatrechts in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Bremen.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift und Internetpräsenz

Die Sparkasse Bremen AG ist unter ihrer Geschäftsanschrift Am Brill 1-3, 28195 Bremen, Telefon: 0421/179-0 sowie im Internet unter www.sparkasse-bremen.de erreichbar.

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Innerhalb des aktuellen Geschäftsjahres gab es kein wichtiges Ereignis in der Geschäftstätigkeit, das in erheblichem Maße Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit der Die Sparkasse Bremen AG hat.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG ist die am 6. September 2004 in Kraft getretene Satzung, die am 26. Mai 2004 von der Hauptversammlung beschlossen wurde.

Die Sparkasse Bremen AG erbringt gemäß ihrer Satzung geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen nach wirtschaftlichen Grundsätzen und den Anforderungen des Marktes unter Berücksichtigung ihrer am Gemeinwohl orientierten Aufgabenstellung. Sie gibt insbesondere Gelegenheit zur sicheren und verzinslichen Anlage von Ersparnissen und anderen Geldern, fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und dient der Befriedigung des Kreditbedarfs der örtlichen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG ist der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art gemäß § 1 Abs. 1 KWG mit Ausnahme des Investmentgeschäftes, des Eingehens der Verpflichtung, zuvor veräußerte Darlehensforderungen vor Fälligkeit zurückzuerwerben, der Tätigkeit als zentraler Kontrahent sowie des E-Geld-Geschäftes. Darüber hinaus erbringt sie Finanzdienstleistungen gemäß § 1 Abs. 1a KWG mit Ausnahme

der Drittstaateneinlagenvermittlung, des Betriebes eines multilateralen Handelssystems, des Platzierungsgeschäftes, der Finanzportfolioverwaltung, der Anlageverwaltung, des Factoring sowie des Finanzierungsleasing. Die Sparkasse Bremen AG kann ihren Unternehmensgegenstand selbst sowie durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen.

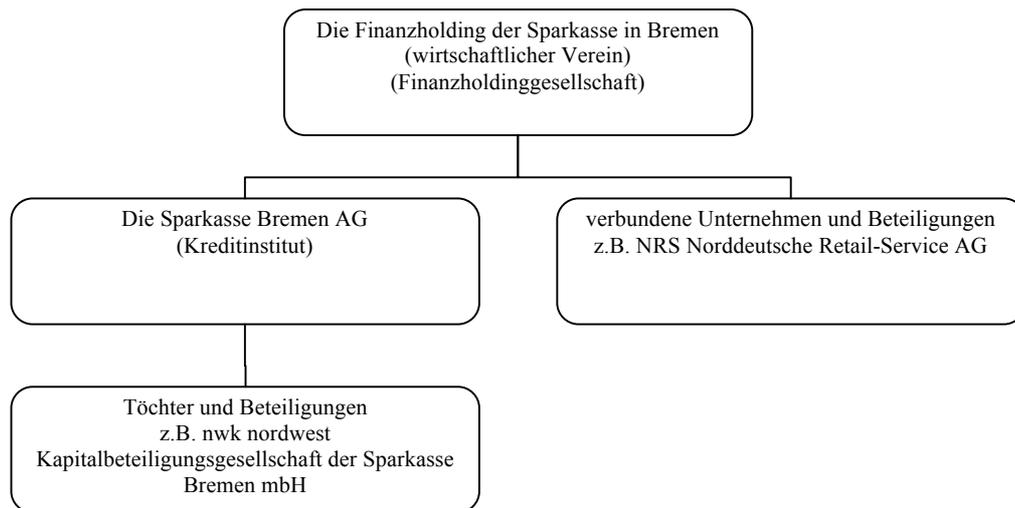
Soweit gesetzlich zulässig, ist Die Sparkasse Bremen AG zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen. Die Gesellschaft kann zu diesem Zweck insbesondere Unternehmensverträge abschließen sowie im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten, andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG liegt in der Region Bremen. In begründeten Ausnahmefällen wird Die Sparkasse Bremen AG auch überregional und international tätig.

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Sparkasse Bremen AG ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ist die Muttergesellschaft für weitere Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG einbezogen wird. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB verzichtet Die Sparkasse Bremen AG, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.



Als Mitglied des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes (im Folgenden HSGV) ist Die Sparkasse Bremen AG dem beim HSGV für seine Mitgliedssparkassen gebildeten Stützungsfonds angeschlossen. Im Fall wirtschaftlicher Schwierigkeiten einer Mitgliedssparkasse, die geeignet sind, deren Bestand zu gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich zu beeinträchtigen (Stützungsfall), kann der HSGV mit Hilfe des Stützungsfonds die Hilfsmaßnahmen treffen, die nach den Erfordernissen des Einzelfalles geeignet sind, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des den Stützungsfonds in Anspruch nehmenden Mitglieds zu beheben.

Darüber hinaus ist der Stützungsfonds des HSGV in das Sicherungssystem der regionalen Sparkassen-Stützungsfonds und damit in einen „überregionalen Ausgleich“ eingebunden. Übersteigen die für die Regelung eines Stützungsfallbesonderen notwendigen Aufwendungen die vorhandenen Mittel des beim HSGV gebildeten Stützungsfonds, tritt somit ein überregionaler Ausgleich unter den regionalen Sparkassen-Stützungsfonds im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) ein. Darüber hinaus besteht ein zusätzlicher Haftungsverbund zwischen dem Sicherungssystem der Sparkassen-Stützungsfonds, der Sicherheitsreserve der Landesbanken/Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Die genannten Sicherungseinrichtungen sind, da sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten, als institutssichernde Einrichtungen im Sinne des § 12 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes zu bewerten. Ihr Eingreifen im Stützungsfall gewährleistet im Ergebnis, dass die Ansprüche aller Kunden, insbesondere der Einleger z.B. aus Spar-, Termin- oder Sichteinlagen sowie verbrieften Forderungen, wie auch alle anderen Ansprüche

erfüllt werden können. Näheres regeln die Satzung für den Sparkassen-Stützungsfonds des HSGV, die Satzung für den überregionalen Ausgleich der Sparkassen-Stützungsfonds und die Satzung für den Haftungsverbund zwischen den Sparkassen-Stützungsfonds und der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen sowie dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen, die Die Sparkasse Bremen AG auf Anfrage zur Verfügung stellt.

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem 31. Dezember 2010 (Stichtag des letzten veröffentlichten Jahresabschlusses) sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Die Sparkasse Bremen AG eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.7.1 Organe

Die Organe der Die Sparkasse Bremen AG sind:

- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- die Hauptversammlung

3.1.7.2 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

Der Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG besteht satzungsgemäß aus mindestens zwei Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und bestimmt ihre Anzahl.

Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

- Dr. rer. nat. Tim Neseemann (Vorsitzender des Vorstandes)
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877- (Aufsichtsrat)
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. (Aufsichtsrat)
Freie Internationale Sparkasse S.A. (Aufsichtsrat, Vorsitzender)
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen (Aufsichtsrat)
NRS Norddeutsche Retail-Service AG (Aufsichtsrat)

- Joachim Döpp

Öffentliche Versicherung Bremen (stv. Aufsichtsrat)

- Thomas Fürst

Bremer Toto-Lotto GmbH (Aufsichtsrat)

Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH (Aufsichtsrat, Vorsitzender)

Freie Internationale Sparkasse S.A. (Aufsichtsrat)

LBS Landesbausparkasse Bremen AG (Aufsichtsrat, stv. Vorsitzender)

neue Leben Holding AG (Aufsichtsrat)

neue Leben Pensionskasse AG (Aufsichtsrat)

neue Leben Pensionsverwaltung AG (Aufsichtsrat)

neue Leben Unfallversicherung AG (Aufsichtsrat)

Sparkassen Kreditpartner GmbH (Aufsichtsrat)

- Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

BREBAU GmbH (Aufsichtsrat, stv. Vorsitzender)

Öffentliche Versicherung Bremen (Aufsichtsrat)

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Brill 1-3, 28195 Bremen.

Der Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind derzeit:

- Dipl. - Bw. Gerhard Harder (Vorsitzender)

Vorstandsvorsitzender i.R. der swb AG

- Dipl. – Kfm. Klaus Ziegler (stv. Vorsitzender)

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

- Dipl. – Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft

- Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

- Janina Marahrens-Hashagen
Geschäftsführende Gesellschafterin
H. Marahrens GmbH, Schilderwerk, Siebdruck, Stempel

- Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

- Heiko Oerter
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

- Hans-Joachim Schur
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

- Volker Stange
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Brill 1-3, 28195 Bremen.

3.1.7.3 Die Hauptversammlung

Das höchste Organ der Die Sparkasse Bremen AG ist ihre Hauptversammlung. Die Hauptversammlung beschließt unter anderem über Satzungsänderungen sowie die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Bilanzgewinns.

3.1.7.4 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Die Sparkasse Bremen AG sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.8 Hauptaktionär der Die Sparkasse Bremen AG

Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen – in der Rechtsform eines eingetragenen wirtschaftlichen Vereins mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung - ist die Alleingesellschafterin der Die Sparkasse Bremen AG. Die Finanzholding betreibt selbst kein operatives Bankgeschäft.

Träger der Finanzholding der Sparkasse in Bremen sind deren Mitglieder. Mitglieder sind die Stadtgemeinde Bremen, die Vorstandsmitglieder, der Konsulent der Finanzholding sowie natürliche Personen, die von der Mitgliederversammlung im Wege des Selbstergänzungsrechts gewählt werden.

Die Vorstandsmitglieder der Finanzholding der Sparkasse in Bremen sind zugleich die Vorstandsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG.

3.1.9 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Die Sparkasse Bremen AG entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.9.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Die Sparkasse Bremen AG beruhen auf den Jahresabschlüssen der Die Sparkasse Bremen AG für ihre zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2010 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehenen historischen Finanzangaben der Die Sparkasse Bremen AG (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 sind im Abschnitt 7 im Anhang dieses Prospektes abgedruckt. Diese Seiten sind mit einer Nummerierung voranstehenden „F“ kenntlich gemacht.

3.1.10 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Die Sparkasse Bremen AG noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der mindestens letzten 12 Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Die Sparkasse Bremen AG auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.11 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Die Sparkasse Bremen AG

Seit dem Ende des Geschäftsjahres 2010 (31. Dezember 2010) sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Die Sparkasse Bremen AG eingetreten.

3.1.12 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2009 und 2010 einschließlich Lagebericht und Jahresabschluss, die Satzung der Die Sparkasse Bremen AG sowie Ablichtungen weiterer in diesem Prospekt genannter Unterlagen während der üblichen Öffnungszeiten bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich sowie auf der Internetseite der Emittentin (www.sparkasse-bremen.de) abrufbar.

3.2 Historische Finanzinformationen

Im Abschnitt 7 im Anhang auf den Seiten F 01/09 bis F 32/09 und F 01/10 bis F 36/10 finden sich die jeweiligen historischen Finanzangaben für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers).

4 Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Die Sparkasse Bremen AG

4.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, mit fester Stufen-Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung oder mit Reverse Floating Verzinsung jeweils mit oder ohne Kündigungsrecht der Emittentin zu begeben.

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung
- (ii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Stufen-Verzinsung
- (iii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung
- (iv) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung
- (v) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit immer zu mindestens 100 % des Nennbetrages.

4.2 Verantwortliche Personen

Die Sparkasse Bremen AG mit Sitz in Bremen übernimmt für die im Prospekt gemachten Angaben die Verantwortung. Sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.3 Wichtige Angaben

4.3.1 Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte, die als „Basiswerte“ im Rahmen der Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen dienen, direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen nicht ausgegeben worden wären.

4.3.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, mit fester Stufen-, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung

4.4.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Die Sparkasse Bremen AG handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie / Reihe ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

4.4.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.4.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die spätestens am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthaler Allee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

4.4.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in ● begeben.

4.4.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie / Reihe sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen

Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 4 und 5 KWG). Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).

4.4.6 Kündigungsrecht der Emittentin

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass kein ordentliches Kündigungsrecht besteht oder dass ein ordentliches Kündigungsrecht der Emittentin besteht wie nachfolgend beschrieben:

Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) [und über Die Sparkasse Bremen AG] abgewickelt werden können.

Im Falle der Begebung von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen können die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass ein außerordentliches Kündigungsrecht besteht wie nachfolgend beschrieben:

Die Emittentin behält sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vor. Danach kann sie die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe ● unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, frühestens zum ● kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Emittentin zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Ausgabe von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen führt, als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe oder die Anerkennung nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.

4.4.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Schuldverschreibungen [mit fester Verzinsung] [mit fester Stufen-Verzinsung] [ohne periodische Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] [mit Reverse Floating Verzinsung] begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

[(i) Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(ii) Feste Stufen-Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(iii) Ohne periodische Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(iv) Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Markttisancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted).

Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) [und über Die Sparkasse Bremen AG] abgewickelt werden können.]

[(v) Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted).

Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) [und über Die Sparkasse Bremen AG] abgewickelt werden können.]

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

4.4.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % am ● (der „Fälligkeitstag“) oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt (siehe auch Abschnitt 4.4.6).

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) [und über Die Sparkasse Bremen AG] abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 5 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

4.4.9 Rendite

[Die Emissionsrendite und die Methode ihrer Berechnung werden jeweils in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt, sofern dies im Hinblick auf die Art der Verzinsung zum betreffenden Zeitpunkt möglich ist.]

4.4.10 Ermächtigung

Nach § 6, Punkt 6.5 der Geschäftsordnung für den Vorstand vom 15. April 2008 ist der Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG ermächtigt für die Gesellschaft Schuldverschreibungen aller Art auszugeben.

4.4.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich am ● erstmalig emittiert.

4.4.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Eschborn, übertragbar. Es bestehen seitens der Emittentin keine Übertragungsbeschränkungen.

4.4.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Inhaberteilschuldverschreibungen (Quellensteuer).

Hiervon zu unterscheiden ist die Kapitalertragsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist.

Potentiellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

Die ab dem 1. Januar 2009 in Deutschland bestehende Abgeltungssteuer beträgt 25% (ohne Berücksichtigung etwaiger Kirchensteuer). Außerdem wird ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% der Abgeltungssteuer erhoben. Die Abgeltungssteuer wird durch Abzug von Kapitalertragsteuer an der Quelle erhoben.

Bezüglich der Einzelheiten der steuerlichen Vorschriften, des jeweils persönlichen Anwendungsbereichs, der Übergangsfristen und der Ausnahmetatbestände (z.B. Sparerfreibeträge) wird jedem Anleger empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe beraten zu lassen.

4.4.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.5 Bedingungen und Konditionen des Angebots

4.5.1 Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots

4.5.1.1 Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.

4.5.1.2 Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn

Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●].

4.5.1.3 Lieferung der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Mergenthaler Allee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Anleihegläubiger erhalten am auf den Kauftag folgenden Arbeitstag eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Global-Inhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Eschborn, übertragbar.

4.5.2 Potentielle Investoren

Die Schuldverschreibungen werden an Privatanleger und/oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

4.5.3 Kursfestsetzung, Verkaufskurs

Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

4.5.4 Platzierung und Emission

4.5.4.1 Platzierung

Die Schuldverschreibungen können [bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen] [●] bezogen werden.

4.5.4.2 Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen.

Die Hinterlegungsstelle für die Schuldverschreibungen ist die Clearstream Banking AG, Mergenthaler Allee 61, 65760 Eschborn.

4.6 Zulassung zum Handel

Es ist nicht beabsichtigt, die Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.

4.7 Zusätzliche Informationen

4.7.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, [vorzeitige(r) Rückzahlungstag(e),] Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufskurs aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission. Darüber hinaus enthalten die Endgültigen Bedingungen einen Komplettabdruck der Anleihebedingungen. Die Emittentin behält sich vor, die Endgültigen Bedingungen auch als konsolidierte Fassung des Prospektes zu erstellen.

4.7.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die Hinterlegung der Endgültigen Bedingungen des Angebots bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgt am Tag ihrer Veröffentlichung.

Die gedruckten Fassungen des Prospekts und der Endgültigen Bedingungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen, kostenlos erhältlich.

4.7.3 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

[An der Emission ist kein Berater beteiligt.]

[In der Wertpapierbeschreibung ist kein von einem gesetzlichen Abschlussprüfer überprüfter Inhalt vorhanden.]

[In der Wertpapierbeschreibung sind keine Sachverständigeninformationen eingefügt.]

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Die Sparkasse Bremen AG (die „Emittentin“) im Gesamtnennbetrag von ● (in Worten ●) ist eingeteilt in ● auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je ●.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Die Sparkasse Bremen AG handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie / Reihe ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die spätestens am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthaler Allee 61, 65760 Eschborn (die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in ● begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

[Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

[„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) [und über Die Sparkasse Bremen AG] abgewickelt werden können.]

[Die Emittentin behält sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vor. Danach kann sie die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe ● unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, frühestens zum ● kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Emittentin zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Ausgabe von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen führt, als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe oder die Anerkennung nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.]

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennwertes am ● (der „Fälligkeitstag“) [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 5 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nachrangige] [nicht-nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie / Reihe sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 4 und 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).]

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.]

[Feste Stufen-Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.]

[Ohne periodische Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“.)

[Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermine zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin

berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“.)]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Bremen.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Endgültige Bedingungen

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („●“) gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospektes der Die Sparkasse Bremen AG vom [TT.MM.JJJJ]. Vollständige Informationen über Die Sparkasse Bremen AG und das Angebot der Schuldverschreibungen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Basisprospekt vom [TT.MM.JJJJ] einschließlich etwaiger Nachträge gem. § 16

Wertpapierprospektgesetz (WpPG) zusammen gelesen werden. Der Basisprospekt kann auf der Website der Die Sparkasse Bremen AG (www.sparkasse-bremen.de) eingesehen werden. Kopien des Prospektes werden an der Hauptverwaltung der Die Sparkasse Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen, zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

1. [Serie:] [Reihe:] ●

2. ISIN: ●

3. WKN: ●

4. Währung: ●

5. Status und Rang: Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben.

6. [Kündigungsrecht
der Emittentin:

[(bei ordentlichem Kündigungsrecht:)]

Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum ● ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin ● Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen.]

[(bei außerordentlichem Kündigungsrecht:)]

Die Emittentin behält sich ein außerordentliches Kündigungsrecht vor. Danach kann sie die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe ● unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten jeweils zum Ende eines

Geschäftsjahres, frühestens zum ● kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Emittentin zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Ausgabe von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen führt, als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe oder die Anerkennung nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG entfällt oder beeinträchtigt wird.]]

7. Verzinsung:

[(bei fester Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe § 6 Anleihebedingungen) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 der Anleihebedingungen vorausgeht.]

[(bei fester Stufen-Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % [, und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)

mit jährlich ● %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe § 6 Anleihebedingungen) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 der Anleihebedingungen vorausgeht.]

[(ohne periodische Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor],

wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [zuzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

[(bei Reverse Floating Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

8. Fälligkeitstag:

●

9. [Rendite: *(bei festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen:)*
Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]
10. Emissionstermin: ●
11. Emissionsvolumen,
Stückelung: Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ●
Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.
12. Beginn des öffent-
lichen Angebots: ●
13. Verkaufskurs: Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●.
[Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend
zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann
fortlaufend festgesetzt.]
14. Platzierung: Die Schuldverschreibungen können [bei der Die Sparkasse
Bremen AG, Am Brill 1-3, 28195 Bremen] [●] bezogen werden.

7 Anhang mit historischen Finanzinformationen

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT 2009

RAHMENBEDINGUNGEN

HÖHEPUNKT DER FINANZMARKT- UND WIRTSCHAFTSKRISE ÜBERSCHRITTEN?

Im Angesicht der 2007 ausgelösten und im Folgejahr markant verschärften Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise war 2009 ein Ausnahmejahr. Anfang 2009 erreichte die Krise ihren Höhepunkt in einer weltweiten realwirtschaftlichen Rezession. Insbesondere der Welthandel wurde schwer getroffen. Nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fiel das Welthandelsvolumen 2009 um 12,5 % niedriger aus als im Vorjahr. Die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft litt besonders unter dieser Entwicklung. Die realen Exporte Deutschlands sanken um 14,7 % und hatten damit einen erheblichen Einfluss auf den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 5 %. Binnenwirtschaftlich ausgerichtete Branchen und Unternehmen waren weniger betroffen, wozu der private Konsum einen erheblichen Beitrag leistete.

Seit Frühjahr 2009 mehrten sich erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung. Dazu trugen deutliche Leitzinssenkungen und außerordentliche geldpolitische Maßnahmen der Europäischen Zentralbank sowie staatliche Konjunkturpakete mit Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Volumen von insgesamt 80 Mrd. € bei, von denen knapp 50 % noch 2009 wirksam wurden. Für die Folgejahre jedoch bedeutet dies einen bedenklichen Anstieg der Staatsverschuldung.

Die vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sehr gute Ertragslage der deutschen Unternehmen diente offensichtlich als

Puffer, um einen großen Rückschlag hinzunehmen. Denn mit einer Arbeitslosenquote von 8,2 % erwies sich der Arbeitsmarkt als erstaunlich robust. Die Auswirkungen der Krise blieben bislang begrenzt. Das Modell der Kurzarbeit entfaltete seine volle Wirkung. Die wahre Prüfung allerdings folgt 2010, wenn die entsprechenden Regelungen enden.

Für 2010 wird mit einer Fortsetzung der moderaten konjunkturellen Erholung gerechnet. Insgesamt scheint ein Wachstum des BIP zwischen 1,5 und 2 % möglich. Triebfeder dafür ist das erwartete Anziehen der Exporte, insbesondere in die asiatischen Schwellenländer und nach China.

Vergleichbar verlief die Entwicklung und sind die Erwartungen der bremischen Konjunktur. Die Herbstumfrage der Handelskammer Bremen zeigt ein zwar branchenbezogen differenziertes, aber insgesamt doch ermutigendes Bild. Bei einer unter dem Strich noch als unbefriedigend beurteilten aktuellen Geschäftslage weist der Trend nach oben, insbesondere für Industrie, Export, Verkehr und Dienstleistungen, weniger für das Baugewerbe und den Einzelhandel. Die positiven Signale dürfen allerdings nicht den Blick vor den Risiken verstellen, denn auch in Bremen scheint die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise noch nicht den Arbeitsmarkt erreicht zu haben. Eine befürchtete weitere Zunahme von Unternehmensinsolvenzen mit steigenden Forderungsausfällen steht voraussichtlich noch bevor.

SPARKASSEN SICHERN KREDITVERSORGUNG

Vehement wird in der Öffentlichkeit die Diskussion um eine vermeintliche Kreditklemme geführt. Im Einzelfall mag dies zutreffen. Gleichwohl sind gerade die dezentral aufgestellten deutschen Sparkassen – ebenso die Sparkasse Bremen – zumeist ohne direkte Verluste durch die Finanzmarkt- und Wirtschafts-

krise gelangt und sicherten auch 2009 die Kreditfinanzierung, insbesondere ihrer mittelständischen Firmenkunden. Mit Erfüllung dieser auch volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe konnten sie 2009 weitere Marktanteile im Kreditgeschäft hinzugewinnen.

PFANDBRIEFE – STARK NACHGEFRAGT

Über unsere erfolgreichen Vertriebs- und Outsourcingaktivitäten hinaus sind auch unsere internen Projekte eine Investition in die Zukunft.

So hatten wir die Novellierung des Pfandbriefgesetzes mit dem Fall des Pfandbriefprivileges zum Anlass genommen, unser Pfandbriefprojekt aufzulegen. Nachdem die Pfandbrieffähigkeit der Sparkasse Bremen erreicht wurde, begaben wir noch 2009 unsere aufgrund ihrer hohen Granularität von institutionellen

Anlegern stark nachgefragten ersten Pfandbriefe, die dazu beitragen werden, unsere Refinanzierungskosten dauerhaft zu entlasten.

Darüber hinaus dienten unsere internen Projekte neben Kostenreduzierungen der weiteren Erhöhung unserer Dienstleistungsqualität sowie der Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen und gesetzgeberischen Anforderungen.

GESCHÄFTSVERLAUF

BILANZSUMME LEICHT ERHÖHT

Das Jahr 2009 war gekennzeichnet von den anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Sparkasse Bremen hat sich in diesem schwierigen Umfeld erneut behauptet und blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück. Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht um 0,3% auf 10,9 Mrd. €.

Während die Forderungen an Kunden zunahmen, verringerten wir die Forderungen an Kreditinstitute.

Diese Mittel in Verbindung mit der bewusst aufrechterhaltenen komfortablen Liquiditätslage nutzten wir, um 2009 wieder in den Wertpapierbestand zu investieren, sowohl in Direkt- als auch in Fondsanlagen.

Auf der Passivseite verzeichneten die Kundeneinlagen zum Jahresende eine steigende Tendenz, während wir erneut die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Forderungen an Kunden	8.099,1	8.077,4	7.770,1	7.723,3	7.829,3
davon:					
Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0	20,7
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.626,3	7.578,9	7.317,0	7.335,4	7.419,0
davon:					
Erworbene Schuldscheine	77,1	229,5	151,7	262,8	262,4
Treuhandkredite	18,1	18,4	18,8	18,6	19,2
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	454,7	480,1	434,3	373,3	370,4
Forderungen an Kreditinstitute	1.064,2	1.648,7	1.955,5	1.127,2	998,5

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, Treuhandkredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2009 bei 8,1 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Firmenkunden*)	5.038,5	4.838,7	4.634,2	4.477,9	4.447,5
Privatkunden*)	2.601,9	2.631,1	2.699,7	2.773,7	2.918,7

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm erneut um 4,1% auf 5,0 Mrd. € zu. Dieser Anstieg resultiert wiederum aus der erfreulichen Entwicklung der Investitionskredite.

Die Kredite an Privatkunden bewegten sich mit 2,6 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich stichtagsbezogen um 35,5% auf 1,1 Mrd. €. Wie im Vorjahr wurden fällige Geldanlagen bei Kreditinstituten nicht weiter prolongiert, sondern für Investitionen in den Wertpapierbestand genutzt.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten	7.282,5	7.173,5	7.335,9	6.965,4	6.736,0
davon:					
Spareinlagen	3.139,8	3.314,9	3.674,2	3.798,4	3.824,8
Sparkassenbriefe	0,0	0,0	0,0	11,1	20,7
Schuldverschreibungen	382,2	475,3	441,6	436,9	509,7
Täglich fällige Einlagen	2.873,7	2.095,3	2.168,2	1.844,6	1.645,8
Befristete Einlagen	886,8	1.288,0	1.051,9	874,4	735,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.541,5	2.599,2	2.924,4	3.004,9	3.160,1

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich zum Jahresende um 1,5 % auf 7,3 Mrd. €. Die Bestände an Spareinlagen, unser Geschäft mit eigenen Emissionen sowie die Hereinnahme von befristeten Einlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr. Dagegen erhöhte sich der Bestand an täglich fälligen Einlagen.

Diese Bestandsentwicklung sehen wir im Wesentlichen als Folge des im Verlauf der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise niedrigen Zinsniveaus und einer daraus resultierenden grundsätzlichen Anlagezurückhaltung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Berichtsjahr um 2,2 % auf 2,5 Mrd. € reduziert.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Auch 2009 spiegelte das Provisionsergebnis das Vertrauen unserer Kunden in unsere Dienstleistungskompetenz wider. Als Folge der weiter anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verzeichneten wir rückläufige Provisionen im Wertpapiergeschäft. Darüber hinaus führte die Umstellung

unseres Kontenmodells zu ebenfalls rückläufigen Provisionen im Giroverkehr. Den Rekordwert des Vorjahres konnten wir deshalb nicht ganz erreichen, erzielten jedoch mit 59,1 Mio. € ein hervorragendes Ergebnis.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Aktien und Investmentzertifikate	630,7	984,8	922,4	677,2	463,2
Festverzinsliche Wertpapiere	376,2	307,8	204,2	146,0	198,9
Eigenemissionen¹⁾	271,3	182,0	162,4	208,5	206,8

¹⁾ 2009 einschließlich Pfandbriefemission

Während wir im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere einen Anstieg der Umsätze um 22,2 % verzeichneten, zeigten sich bei den Aktien und Investmentzertifikaten um 40,0 % rückläufige Umsätze. Bei den Umsätzen im Zusammenhang mit dem Absatz unserer Eigenemissionen konnten wir einen starken Anstieg um 49,1 % verzeichnen, der insbesondere auf die erstmalige Pfandbriefemission zurückzuführen ist.

Wir nutzten das abgelaufene Geschäftsjahr, um die Anlageziele und Risikoprofile unserer Kundinnen und Kunden abzufragen und zu aktualisieren, um so jederzeit eine anlage- und anlegergerechte Beratung zu gewährleisten.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Das Börsenjahr 2009 startete mit verhaltenem Optimismus. Nach erheblichen Kursverlusten schienen sich die Kurse Ende 2008 stabilisiert zu haben. Umso dramatischer war der Kurseinbruch in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009; der Deutsche Aktienindex verlor rund 25 % und fiel auf knapp 3.600 Punkte. Seither stieg er wieder auf am Jahresende über 6.000 Punkte.

Rezessions Sorgen veranlassten die Europäische Zentralbank, neben Leitzinssenkungen außerordentliche geldpolitische Maßnahmen zu ergreifen und die Kreditwirtschaft durch Tendergeschäfte mit reichlich Liquidität zu versorgen. Der Interbankengeldmarkt entspannte sich zusehends. Die zuvor dort herrschenden ungewohnt hohen Risiko- und Liquiditäts-

prämien bauten sich im Jahresverlauf sukzessive ab. Seit Sommer 2009 hat sich das Geldmarktgeschehen graduell normalisiert.

Die Sparkasse Bremen nutzte diese Entwicklung; Anlagebestand und Liquiditätsreserve erhöhten sich deutlich durch Zukauf von Finanz- und Industrieanleihen mit hohen Bonitätsprämien.

Neben diesen Maßnahmen zur Umstrukturierung der Eigenanlagen wurden 2009 auch ausgewählte Anlageklassen in Investmentfonds aufgestockt, um selektiv Ertragschancen zu ergreifen. In den Vorjahren hatten risikoreduzierende Maßnahmen zu deutlichen Bestandsreduzierungen im Fondsenagement geführt.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- sowie Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen verringerte sich bei einer im Einzelnen differenzierten Entwicklung insgesamt geringfügig auf 217,6 Mio. €. Die Reduzierungen überstiegen die Zunahmen um 8,8 Mio. €.

Zunahmen resultierten aus einer Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG und der Erhöhung unserer Beteiligung an der center.tv – Heimatfernsehen für Bremen und Bremerhaven GmbH. Darüber hinaus erfolgten Kapitalabrufe im Rahmen unserer Beteiligungen an Private Equity-Fonds und -Dachfonds.

Zu Verringerungen führten die Rückzahlung von Kapitalrücklagen der nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse

Bremen mbH und der nordwest finanz-vermögensberatung Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, eine Teilveräußerung unserer Beteiligung an der Freie Internationale Sparkasse S. A. im Rahmen eines Beteiligungsmodells für deren Geschäftsleiter und leitende Angestellte sowie Kapitalrückführungen eines Private Equity-Fonds.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Insbesondere im Sachaufwand spiegeln sich die Investitionen in unsere Zukunftsprojekte wider. Die Entwicklung ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch die im Vorjahr durchgeführte und planmäßig abgeschlossene Verlagerung wesentlicher IT-Anwendungen auf die als Sparkassenverbands-Rechenzentrum tätige Finanz Informatik GmbH & Co. KG sowie damit zusammenhängender Kosteneffekte. Die Verlagerung der IT-Anwendungen

sowie damit verbundene Prozessveränderungen und -optimierungen werden in den Folgejahren weitere Kostenreduzierungen nach sich ziehen. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2009 waren bei der Sparkasse Bremen 1.543 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-3,9 % ggü. Vj.) beschäftigt, was umgerechnet auf Vollzeitkräfte 1.304 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entspricht. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 469. Die Zahl der Auszubildenden wurde mit 99 gegenüber dem Vorjahr (95) erneut erhöht.

Auch 2009 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 83 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, davon rund mehr als die Hälfte darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt

sowie rund ein Zehntel über den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Unser Vergütungssystem orientiert sich am Tarifvertrag der privaten und öffentlichen Banken und setzt sich strukturell aus festen und variablen Bestandteilen zusammen. Wir erfüllen die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Ende 2009 bzw. Anfang 2010 kündigten wir unsere Versorgungsordnungen mit dem Ziel einer zeitgemäßen Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung.

Bereits 2007 wurden wir als familienfreundlicher Betrieb mit dem Grundzertifikat des Audits »berufundfamilie« der Hertie-Stiftung ausgezeichnet. Mit unseren Anstrengungen für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in den Bereichen Teilzeitbeschäftigung, Elternzeit und Unterstützung pflegender Angehöriger, haben wir die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeberin im abgelaufenen Jahr weiter erhöht.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2009	2008	2007	2006	2005
Forderungen an Kreditinstitute	1.064,2	1.648,7	1.955,5	1.127,2	998,5
Forderungen an Kunden	7.626,3	7.578,9	7.317,0	7.335,4	7.419,0
Wertpapiere	1.616,4	1.081,4	1.343,0	1.862,6	1.871,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.541,5	2.599,2	2.924,4	3.004,9	3.160,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.900,3	6.698,2	6.894,3	6.528,4	6.226,3

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 584,5 Mio. € oder 35,5 %. Damit reduzierte sich auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bilanzsumme von 15,2 % auf 9,8 %. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 47,4 Mio. € oder 0,6 % und tragen mit 70,3 % zur Bilanzsumme bei. Die durch die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute freigesetzte Liquidität wurde im Wesentlichen zum Bestandsaufbau bei den Wertpapieranlagen verwendet, die sich um insgesamt 535,0 Mio. € oder 49,5 % erhöht haben. Damit erhöhte sich auch der Anteil der Wertpapiere an der Bilanzsumme von 10,0 % auf 14,9 %. Darüber hinaus wurde freie Liquidität zur weiteren Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten genutzt. Der Bestand verringerte sich um 57,7 Mio. € oder 2,2 %. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichneten die Ver-

bindlichkeiten gegenüber Kunden, die um 202,1 Mio. € oder 3,0 % gegenüber dem Vorjahr stiegen. Damit stieg auch der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 61,9 % auf 63,6 %.

Das Kernkapital der Sparkasse Bremen am 31. Dezember 2009 betrug 511,0 Mio. €. Dies entspricht einer Quote von 6,9 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 755,3 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 10,3 % und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Wertpapiere der Direkt- und Fondsanlagen im Anlagevermögen haben wir – im Hinblick auf die gesicherte Rückzahlung – teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

FINANZLAGE

Unsere bereits 2008 komfortable Liquiditätslage wurde auch 2009 bewusst aufrechterhalten und ist auch mit Blick auf die folgenden Jahre mehr als ausreichend.

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften belief sich im Jahresdurchschnitt auf 125,1 Mio. €.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betrug zum Bilanzstichtag 2,3 Mrd. €.

Diese komfortable Liquiditätslage sowie unsere in 2009 ergänzten Instrumente der Liquiditätssteuerung stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO.€)

	2009	2008	2007	2006	2005
Zinsüberschuss ¹⁾	202,9	212,4	208,3	221,0	239,2
Provisionsüberschuss	59,1	59,8	59,1	55,8	55,8
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2,1	-2,1	3,6	1,3	2,2
Personalaufwand	114,8	124,3	106,4	119,3	113,8
Sachaufwand ²⁾	104,8	112,9	105,7	95,1	79,0
Verwaltungsaufwand ²⁾	219,6	237,2	212,1	214,4	192,8
Bewertungsergebnis	-38,2	-48,6	-65,3	-66,1	-92,0
Gewinnabhängige Steuern	2,4	-1,9	0,3	-1,2	6,8
Jahresergebnis	12,7	2,2	10,5	15,1	13,7
Dividende	0,0	0,0	0,4	0,5	1,1
Rücklagenzuführung	12,7	2,2	10,1	14,6	12,6

¹⁾ einschließlich laufender Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

²⁾ einschließlich Abschreibungen

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt auf Basis von handelsrechtlichen Zahlen. Die unterjährige Planung und Steuerung erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Beide Ansätze sind jederzeit ineinander überführbar. Während die betriebswirtschaftliche Sicht der Systematik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Betriebsvergleiches und des Erfahrungsaustausches der Großsparkassen entspricht, ermöglicht der von uns gewählte handelsrechtliche Ausweis auch eine Vergleichbarkeit mit Kreditinstituten des privatrechtlichen Sektors.

Die Ergebnisentwicklung war 2009 wiederum wesentlich durch die anhaltenden Auswirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Trotz des schwierigen Umfeldes konnten wir – wie prognostiziert – ein gegenüber

dem Vorjahr erfreulich gestiegenes und leicht über Plan liegendes Jahresergebnis erzielen.

Der Zinsüberschuss verringerte sich erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr um 4,5 % bzw. 9,5 Mio. €. Mit 202,9 Mio. € liegt er damit jedoch deutlich über dem Planwert. Dieses ist im Wesentlichen auf realisierte Erträge aus der Fristentransformation zurückzuführen. Darüber hinaus entlastete die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie das niedrige Zinsniveau den Zinsaufwand. Während sich die Zinserträge um 122,9 Mio. € auf 467,0 Mio. € verringerten, verzeichneten wir beim Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) ebenfalls einen Rückgang um 113,4 Mio. € auf 264,1 Mio. €. Insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise,

deren dramatischer Verlauf auf den Geld- und Kapitalmärkten zu Verwerfungen geführt hat, ist dies ein zufriedenstellendes Ergebnis. Wie in den Vorjahren enthält der Zinsüberschuss Erträge und Aufwendungen aus der Auflösung von Zinsswaps, die der Zinsbuchsteuerung dienen.

Auch 2009 spiegelte das Provisionsergebnis das Vertrauen unserer Kunden in unsere Dienstleistungskompetenz wider. Als Folge der weiter anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verzeichneten wir rückläufige Provisionen im Wertpapiergeschäft. Darüber hinaus führte die Umstellung unseres Kontenmodells zu ebenfalls rückläufigen Provisionen im Giroverkehr. Den Rekordwert des Vorjahres konnten wir deshalb nicht ganz erreichen, erzielten jedoch mit 59,1 Mio. € ein hervorragendes Ergebnis.

Trotz der anhaltenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise konnten wir beim Nettoergebnis aus Finanzgeschäften der negativen Entwicklung des Vorjahres entgegenwirken und 2009 einen positiven Ergebnisbeitrag erzielen.

Der Personalaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % bzw. 9,5 Mio. € auf 114,8 Mio. €. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen Personalrückgänge infolge natürlicher Fluktuation sowie der im Vorjahr im Rahmen der Lohn-, Gehalts- und Versorgungsleistungen vorweggenommene Tarifabschluss der privaten und öffentlichen Banken, der 2009 niedriger als erwartet ausfiel. Ende 2009 bzw. Anfang 2010 kündigten wir unsere Versorgungsordnungen mit dem Ziel einer zeitgemäßen Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung. Parallel leiteten wir Maßnahmen zur Stabilisierung unseres Personalaufwands ein.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es muss zunächst entsprechendes Deckungskapital vorhanden sein und weiterhin ein angemessener Ertrag erwartet werden.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirt-

Der Sachaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % bzw. 8,1 Mio. € auf 104,8 Mio. €. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen einmaligen Kosteneffekt des Vorjahres, der im Zusammenhang mit der 2008 durchgeführten Auslagerung von IT-Anwendungen steht, zurückzuführen.

Der gesamte Verwaltungsaufwand hat sich damit wie erwartet positiv entwickelt.

Die Cost-Income Ratio betrug im Berichtsjahr 80,7 % (Vorjahr: 82,7 %).

Trotz der anhaltenden Belastungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise konnten wir 2009 im Bewertungsergebnis insgesamt eine positive Entwicklung verzeichnen.

Im Wertpapierbereich spiegelten sich die Erholungstendenzen der Kapitalmärkte wider. Darüber hinaus zahlte sich hier unser aktives Risikomanagement aus, das uns in den vergangenen Jahren veranlasst hat, insbesondere unsere Risikopositionen in den Spezialfondsbeständen abzubauen.

Das Bewertungsergebnis im Kreditbereich zeigte trotz der belastenden konjunkturellen Rahmenbedingungen eine gegenüber dem Vorjahr positive Entwicklung und lag nur geringfügig über dem Plan.

Die Risikovorsorge im Beteiligungsbereich ist gekennzeichnet durch Neubewertungen im Beteiligungsportfolio.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 2,9 % (Vorjahr: 0,1 %).

Der gewinnabhängige Steueraufwand belief sich auf 2,4 Mio. €.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Mio. € auf 12,7 Mio. €. Dieser soll zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

schaft das zentrale Element, um den nachhaltigen Erfolg und die Existenz des Unternehmens zu sichern.

Im Rahmen des Risikomanagements unterscheidet die Sparkasse Bremen vier Arten von Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko), das Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen (Geschäftsrisiko) begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponente in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Der Gesamtbank- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen, der sich an den Erfordernissen des Geschäftsmodells orientiert, baut auf den folgenden Grundsätzen auf.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken und überprüft mindestens jährlich die Risikostrategie, die als Leitlinie für alle Unternehmensbereiche gilt und neben der aktuellen Risikosituation regelmäßig mit dem Aufsichtsrat erörtert wird.

Der Vorsitzende des Vorstandes hat hierbei u. a. die Federführung für die strategische Planung, die Gesamtsteuerung sowie für das Risikomanagement.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen ihre maßgeblichen Organisationseinheiten beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination der strategischen Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung und -steuerung. Die strategische Planung wird dazu in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen.

Ausgehend von der strategischen Planungsgrundlage werden diese Ergebnisse auf die einzelnen Unternehmensbereiche heruntergebrochen, durch die einzelnen Bereiche weiter detailliert und verifiziert. Dieser Gesamtprozess ist 2009 inhaltlich mit den beteiligten Unternehmensbereichen aufgearbeitet und weiter konkretisiert worden, um die erweiterten Möglichkeiten aus der IT-Migration für eine integrative und qualitativ verbesserte Gesamtbanksteuerung in allen Steuerungsperspektiven nutzen zu können. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Ausschuss Gesamtbanksteuerung werden Planabweichungen in der operativen Planung damit frühzeitig und rechtzeitig identifiziert sowie mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Ausschuss Gesamtbanksteuerung die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimits vor. Grundlage für den Ausschuss Gesamtbanksteuerung sind dabei die Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch ausgelagerte Bereiche einbezogen sind.

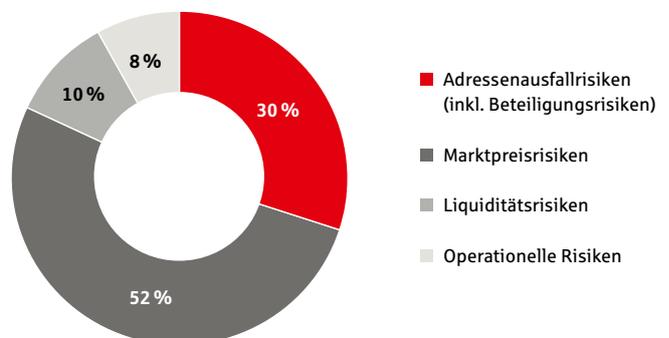
Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch die Einheiten Unternehmensentwicklung und -steuerung bzw. Kreditmanagement. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten bzw. zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten erfolgt dabei grundsätzlich ein monatliches Reporting über die Entwicklung aller Risiken im

Gesamtvorstand bzw. in den zuständigen Ausschüssen, welches eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung ermöglicht sowie das dezentrale Risikomanagement in den Unternehmensbereichen unterstützt.

Kernelement der Risikoberichterstattung sind der monatliche Risikobericht bzw. der quartalsweise Kreditrisikobericht, in denen die steuerungsrelevanten Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale, der Auslastung der Risiken, der Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst werden.

Die grundsätzliche Zielsetzung unseres Risikomanagementsystems ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die bei normalen Marktbedingungen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN PER 31.12.2009



Unsere regelmäßige Risikomessung ergänzen wir um die laufende und einzelfallbezogene Analyse einzelner Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken, die uns helfen, die möglichen Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von CreditPortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen erfolgt die Steuerung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der Einheit Kreditmanagement und im Ausschuss Kreditrisikosteuerung. Zum Jahresende wurde darüber hinaus die bestehende Konzeption zur Begrenzung und Steuerung der Adressenausfallrisiken überarbeitet. Dabei wurde das bestehende Kontingentsystem für besondere Geschäftsbereiche (z. B. Finanzierungen von Windenergieanlagen, Photovoltaikanlagen und Schiffen) ausgebaut. Darüber hinaus wurden neue rating- und volumenbezogene Obergrenzen für Projektfinanzierungen und spezielle Konzentrationsmessverfahren eingeführt. Diese sowie die weiteren Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Adressat des Berichtes ist neben der Geschäftsleitung der Kreditausschuss sowie der Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen bereits seit vielen Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Neben den bereits eingeführten Verfahren KundenScoring, StandardRating, ImmobiliengeschäftsRating und den Ratingverfahren für spezielle Kundensegmente im Firmenkundengeschäft (Projektfinanzierungen, Leasing, Banken und Corporates) wurde 2009 mit dem KundenKompaktRating ein weiterer Baustein für Kunden ohne Girokonten implementiert. Damit stehen für unsere Standard- und die überwiegenden Spezialkundensegmente geeignete Bonitätseinschätzungsverfahren zur Verfügung.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risiko- beurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obligatorisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse Bremen, der als oberstes Kreditbewilligungsorgan Teil des Aufsichtsrats ist.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftiger Kreditengagements (Sanierung) setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in einer vom Marktbereich unabhängigen Einheit ein.

Die Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Adressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens überwacht und gesteuert.

Die Sparkasse Bremen hat zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kundenkredit- und Handelsgeschäft mehrere Frühwarnsysteme im Einsatz. Für das Kundenkreditgeschäft ist dies die Anwendung IntensPro. Im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wurde ergänzend dazu 2009 ein neues marktdatenbasiertes Frühwarnsystem im Handelsbereich eingeführt.

Die Sparkasse Bremen hat ein Projekt zur Weiterentwicklung des schon im Kreditmanagement verankerten aktiven Kreditportfoliomanagements ins Leben gerufen. Zielsetzung ist es, durch Einsatz traditioneller und derivativer Risikotransferinstrumente Adressrisikokonzentrationen abzubauen und das dadurch freigesetzte Risikokapital wieder gewinnbringend in Risikoaktiva zu investieren. So kann nicht nur der Kapitaleinsatz, sondern insbesondere der Spielraum für das Firmenkundengeschäft bei gleichzeitiger Begrenzung der Einzel- und Portfoliorisiken optimiert und ausgebaut werden. Im Projekt werden die Verfahren zur Messung der Risikokonzentration und zur Bestimmung des gesamtgeschäftsbezogenen Adressrisikoabbau- und -investitionspotenzials sowie zur Überwachung der Portfolioentwicklung verfeinert, der Katalog von Risikoabsicherungsinstrumenten vervollständigt sowie die Managementorganisation den optimierten Steuerungsmöglichkeiten angepasst.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwährungen.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Verfahren (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2009 unterhalb des vergebenen Risikolimits und hat sich im 4. Quartal aufgrund der durchgeführten Maßnahmen zur Erhöhung der Fristentransformation wieder etwas erhöht.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf 2009 den Schluss zu, dass das verwendete Modell sowie die entsprechenden Parameter angemessen sind.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse werden darüber hinaus monatlich ein Liquidity-at-Risk berechnet, dem eine Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenübergestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert.

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Der Ausschuss Treasury beschließt unter anderem über die hausinterne Zinsmeinung sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite.

Im Rahmen eines Standard-Einführungsverfahrens der Finanz Informatik GmbH & Co. KG wurde Mitte des Jahres das Standardsoftware-Paket »Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus« in der Sparkasse Bremen zum Einsatz gebracht. Dieses Anwendungssystem verbindet die barwertige Sicht der Zinsbuchsteuerung mit der periodischen GuV-Steuerungswelt.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine semiaktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt) und lässt innerhalb eines Zielkorridors eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Ausschuss Treasury zu.

Ergänzend dazu wurde 2009 ein Projekt zur Aktualisierung und Erweiterung des Liquiditätsmanagements aufgesetzt, um das dispositive und strukturelle Liquiditätsrisiko unter aufsichtsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten optimal zu managen. Darüber hinaus wurde, neben einer erweiterten Liquiditätsrisikostategie und einer deutlich erhöhten Anzahl von Stresstests, die bestehende Notfallplanung für eine effiziente Steuerung des Liquiditätsrisikos auch in schwierigen Marktsituationen, überarbeitet, die die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig berücksichtigt.

Zur weiteren Unterstützung des gesamten Liquiditätsmanagements werden 2010 zusätzlich intensiv die Voraussetzungen zur Implementierung einer erweiterten Standardanwendung geprüft, um auch die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorhandenen Optimierungspotenziale für die Steuerung weiter nutzen und ausbauen zu können.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2009 bei mehr als dem Doppelten der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt unsere stabile Liquiditätssituation wider.

Liquiditätsverordnung (alt: Grundsatz II)	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Gesamtkennziffer	2,15	2,13	1,75

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt werden. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und dv-technischen Funktionen existiert darüber ein zentrales Leistungsmanagement und regelmäßiges Risikomonitoring innerhalb der Einheit Unternehmensentwicklung und -steuerung, in das alle wesentlichen Auslagerungen integriert sind und das im Sinne eines modernen Dienstleistermanagements fortwährend weiterentwickelt wird. Dieses Leistungsmanagement wird durch eine jährliche Risikoanalyse über die wesentlichen Auslagerungen ergänzt, die im Rahmen des turnusmäßigen Beteiligungscontrollings durchgeführt wird.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien. Zur ergänzenden Beurteilung des operationellen Risikos wurde 2009 im Rahmen einer fokussierten Risikolandkarte eine Analyse der besonderen Risiken aus ausgelagerten Bereichen durchgeführt, um die Dienstleistersteuerung auch unter Risikogesichtspunkten weiter zu optimieren.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2009, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit

reservierten Betrag. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen sind als Ergebnis der Risikoinventur auch 2009 keine Bestand gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar gewesen.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicherzustellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden.

Die durchgeführten Notfalltests, die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen.

Auch für 2010 und 2011 gehen wir weiterhin von einer angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation aus. Im Verlauf der noch anhaltenden globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erwarten wir erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung. Deren nachhaltige Entwicklung ist jedoch mit Unsicherheiten

insbesondere hinsichtlich der währungspolitischen Stabilität innerhalb des Euro-Raums belastet. Dieser Erwartung haben wir wie im Vorjahr durch einen eher konservativen Planungsansatz Rechnung getragen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Trotz der weiter zu erwartenden schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen gehen wir aktivseitig dennoch von einem moderaten Wachstum des Kundengeschäftsvolumens, insbesondere im Bereich der Firmenkunden bzw. bei Privatkunden durch die Einführung des neuen Immobilien-Centers, aus. Größere Wachstumschancen werden aus unserer Sicht durch

eine mittelfristig erwartete verschärfte Risikosituation gemindert. Grundsätzlich werden wir das Kreditgeschäft unter Risikogesichtspunkten wie in der Vergangenheit weiterhin streng kontrollieren, um eine effektive Steuerung und Überwachung unseres Bewertungsergebnisses zu gewährleisten.

Die 2009 begonnene Strategie, freigewordene Liquidität insbesondere zum Abbau teurer langfristiger Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einzusetzen, planen wir auch im laufenden Jahr fortzusetzen.

Im Passivbereich sehen wir vor allem bei Tages- und Termingeldern einen leichten Rückgang des Kundeneinlagenvolumens. Dieser Einschätzung liegt die Annahme zugrunde, dass das zu erwartende Wirtschaftswachstum zunächst verstärkt aus Einlagen finanziert wird.

Aufgrund dieser geplanten bzw. erwarteten Volumens- und Bestandsentwicklungen sowie der bereits 2009 durchgeführten und mittelfristig wirkenden Maßnahmen im Bereich der Wertpapieranlagen gehen wir trotz des weiterhin erwarteten niedrigen Zinsniveaus von einer positiven Entwicklung des Zinsergebnisses aus.

Beim Provisionsüberschuss sehen wir für das laufende und das folgende Jahr weiteres Wachstumspotenzial, insbesondere als Folge einer positiven Entwicklung im Bereich der Wertpapierprovisionen aufgrund erster Anzeichen konjunktureller Erholung und einem damit verbundenen Ende der Kundenzurückhaltung.

Über diese erwarteten Entwicklungen hinaus sehen wir mögliche zusätzliche Chancen, sofern die Etablierung unserer durchgeführten und geplanten Vertriebsmaßnahmen (Immobilien-Center, Vermögensverwaltung) besser als erwartet erfolgt. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellen wir jedoch eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch

Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Wir stabilisieren dadurch die Aussagekraft unserer prognostizierten Daten.

Für den Verwaltungsaufwand erwarten wir für die Folgejahre u. a. aufgrund vorgesehener Kostensenkungsprojekte weitere Einspareffekte. Neben einer weiter rückläufigen Entwicklung im Personalaufwand, die wir insbesondere aufgrund natürlicher Fluktuation infolge durchzuführender Prozessoptimierungen erwarten, werden sich auch im Sachaufwand Prozessoptimierungen, die im Zusammenhang mit der 2008 durchgeführten Auslagerung von IT-Anwendungen stehen, sowie Kosteneinsparungseffekte aus der Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern positiv auswirken. Darüber hinaus erwarten wir, dass unsere 2009 eingeleiteten Maßnahmen, unter anderem zur Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung, nachhaltig zu einer Reduzierung des Personalaufwandes führen.

Die Cost-Income-Ratio wird 2010 bei rund 78 % liegen.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir erst langfristig von einer spürbaren Abnahme der Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus. Für 2010 und 2011 erwarten wir aufgrund der weiterhin schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen und einer konservativen Betrachtung ein Ergebnis über Vorjahresniveau. Aus dem Bewertungsergebnis des Wertpapiergeschäftes sind nach unserer Einschätzung in den nächsten Jahren keine nennenswerten Belastungen zu erwarten. Hier wird sich langfristig insbesondere die im Rahmen der risikoorientierten Steuerung in den Vorjahren erfolgte Reduzierung der Risikopositionen in den Spezialfondsanlagen positiv auswirken. Die Sparkasse Bremen wird auch weiterhin bei ihren Direkt- und Spezialfondsanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen erwarten wir für 2010 ein Jahresergebnis auf Vorjahresniveau. Für 2011 gehen wir von einem steigenden Jahresergebnis aus. Auch die Eigenkapitalrentabilität wird sich demzufolge in den Folgejahren stabilisieren.

SCHLUSSEKKLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2009 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unterneh-

men oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2010

Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS 2009

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2009

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			71.982.061,91		73.291
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>104.205.103,55</u>		36.910
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank</i>	104.205.103,55				36.910
				176.187.165,46	110.201
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		--
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				--
b) Wechsel			<u>--</u>		--
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				--
				--	--
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			396.166.237,24		579.256
b) andere Forderungen			<u>668.021.319,55</u>		1.069.485
				1.064.187.556,79	1.648.741
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	3.210.476.584,71				2.856.402
<i>Kommunalkredite</i>	149.498.456,21				231.220
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			--
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				--
ab) von anderen Emittenten		<u>--</u>	--		30.825
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				30.825
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		87.707.237,99			75.877
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	87.707.237,99				75.877
bb) von anderen Emittenten		<u>959.394.676,77</u>	1.047.101.914,76		640.121
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	916.796.172,07				594.824
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>17.789.005,86</u>		18.245
<i>Nennbetrag</i>	17.662.000,00				18.156
				1.064.890.920,62	765.068
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
				551.555.186,40	316.363
7. Beteiligungen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	6.276.044,42				10.344
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	3.337.083,63				--
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	12.792.146,26				12.861
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				--
9. Treuhandvermögen					
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	18.123.994,19				18.374
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
				--	--
11. Immaterielle Anlagewerte					
				4.299.839,45	6.348
12. Sachanlagen					
				98.484.778,04	105.422
13. Sonstige Vermögensgegenstände					
				23.457.332,74	38.456
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
				4.092.571,51	2.305
Summe der Aktiva				10.850.001.481,67	10.817.376

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			102.722.187,91		58.324
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.438.799.191,35</u>		2.540.859
				2.541.521.379,26	2.599.183
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		2.730.906.418,91			2.415.452
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>408.913.943,80</u>	3.139.820.362,71		899.496
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.873.711.325,63			2.095.288
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>886.777.131,48</u>	<u>3.760.488.457,11</u>		1.287.976
				6.900.308.819,82	6.698.212
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			217.727.996,56		347.735
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
				217.727.996,56	347.735
4. Treuhandverbindlichkeiten				18.937.331,75	19.187
darunter:					
Treuhandkredite	18.123.994,19				18.374
5. Sonstige Verbindlichkeiten				32.381.529,91	50.883
6. Rechnungsabgrenzungsposten				5.754.801,89	6.847
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			241.050.817,00		248.846
b) Steuerrückstellungen			1.608.615,00		1.596
c) andere Rückstellungen			<u>49.750.686,96</u>		43.352
				292.410.118,96	293.794
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				<u>-,-</u>	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				164.498.729,20	127.587
10. Genussrechtskapital				137.000.000,00	147.226
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	80.000.000,00				85.226
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00		53.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>56.679.671,66</u>	56.679.671,66		54.524
d) Bilanzgewinn			<u>12.739.142,98</u>		2.156
				539.460.774,32	526.722
Summe der Passiva				10.850.001.481,67	10.817.376
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			454.705.921,17		480.056
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
				454.705.921,17	480.056
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>314.201.435,01</u>		442.487
				314.201.435,01	442.487

**GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2009**

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		416.595.850,27			513.329
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>26.966.279,15</u>	443.562.129,42		35.689
2. Zinsaufwendungen			<u>264.057.479,23</u>		377.450
				+ 179.504.650,19	+ 171.568
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			18.830.097,57		27.905
b) Beteiligungen			1.513.384,64		3.450
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>2.092.486,57</u>		5.187
				22.435.968,78	36.542
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				1.004.250,85	4.270
5. Provisionserträge			65.416.171,31		65.902
6. Provisionsaufwendungen			<u>6.271.829,03</u>		6.123
				+ 59.144.342,28	+ 59.779
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				+ 2.133.043,29	- 2.087
8. Sonstige betriebliche Erträge				22.489.988,01	24.308
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		80.267.257,40			78.171
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>34.559.955,58</u>	114.827.212,98		46.084
darunter: für Altersversorgung	22.054.131,08				33.853
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>94.533.737,59</u>		102.194
				209.360.950,57	226.449
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				10.272.578,43	10.685
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				11.606.458,08	6.425
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			34.482.356,05		4.955
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-		-
				- 34.482.356,05	- 4.955
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			3.735.765,19		43.667
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-		-
				- 3.735.765,19	- 43.667
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				1.500.218,43	1.446
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+ 15.753.916,65	+ 753
20. Außerordentliche Erträge				-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-,-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			2.408.534,67		- 1.935
24. Sonstige Steuern			<u>606.239,00</u>		532
				3.014.773,67	- 1.403
25. Jahresüberschuss				12.739.142,98	2.156
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-,-	-
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				-,-	-
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-,-		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			-,-		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			-,-		-
				-,-	-
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-,-		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			-,-		-
d) in andere Gewinnrücklagen			-,-		-
				-,-	-
30. Bilanzgewinn				12.739.142,98	2.156

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, bei denen die Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist und deren Börsen- oder Marktpreis zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag oder deren Buchwert unter dem Rücknahmepreis lag. Wie im Vorjahr wurden bei der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips für festverzinsliche Wertpapiere die über den Börsen- oder Marktpreisen liegenden Rücknahmepreise als Wertobergrenze herangezogen.

Mit gleicher Methodik wurde im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise bei Investmentanteilen teilweise nicht auf niedrigere Rücknahmepreise abgeschrieben, soweit diese auf nicht dauernde Wertminderungen der enthaltenen Anlagen zurückzuführen sind.

Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

Für eine mittelbare Beteiligung mit einem Buchwert von 41,8 Mio. € wurde zum Stichtag 31.12.2009 gemäß § 253 Absatz 2 Satz 3 HGB auf eine Abschreibung von 3,3 Mio. € auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 38,5 Mio. € verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird.

Die Einschätzung, dass die Wertminderung nicht als dauerhaft anzusehen ist, stellt im Wesentlichen darauf ab, dass eine Verschiebung des bewertungsrelevanten Planungshorizontes beim mittelbaren Beteiligungsunternehmen um ein Jahr in die Zukunft bei sonst unveränderten Annahmen hinsichtlich der Bewertungsparameter und der zugrundeliegenden Unternehmensplanung zu einem werterhöhenden Effekt führt. Der beizulegende Zeitwert der mittelbaren Beteiligung wird demnach deren Buchwert bis zum 31.12.2010 voraussichtlich wieder erreichen.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Bis zum Geschäftsjahr 2007 wurden geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Ab dem Geschäftsjahr 2008 legt die Sparkasse hierfür nach Neuregelung zulässigerweise die steuerlichen Vorschriften nach § 6 Abs. 2 und 2a EStG zugrunde.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

—RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Die Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter von Tochtergesellschaften wurden in Folge konzeptioneller Neuordnung von Vertragsbestandteilen auf die jeweilige Gesellschaft übertragen.

—WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der »besonderen Deckung« wurde nicht in Anspruch genommen.

Fremdwahrungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden von der Sparkasse im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

—DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte, schwebende Devisenoptionsgeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

— AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	425.655
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	139.187
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	85.348
– mehr als fünf Jahre	385

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.425)	7.662
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 29.797)	250
– Forderungen an die eigene Girozentrale	1.004
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	824.378
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	327.616
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	453.561
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.799.308
– mehr als fünf Jahre	4.215.208

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 34.991)	29.610
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 287.384)	252.092
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 31.608)	31.608
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.608)	1.608
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

278.055

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	1.019.989
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	44.902
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 567.791)	740.869
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 320.692)	249.111
– Zeitwert dieser Wertpapiere	242.005
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: 5.965)	6.067

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	7.456
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	29.223
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 301.193)	536.441
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 151.646)	254.968
– Zeitwert dieser Wertpapiere	232.542
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	483.573

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert.

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	–

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	18.124
– Sonstige Vermögensgegenstände	813

zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	30.818	257.512
Zugänge	385	1.806
Abgänge	1.354	6.548
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>25.549</u>	<u>154.285</u>
Bilanzwerte am Jahresende	4.300	98.485
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.301	7.971

Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	61.329
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.945
– Sammelposten für geringwertige Vermögensgegenstände	388

zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 13 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 81)	83
--	----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Steuererstattungsansprüche	3.547
– Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	4.011
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)	7.000

zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 14 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 876)	543
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: –)	1.802

– PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	181.936
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	674.819
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	609.587
– mehr als fünf Jahre	926.226

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 11.727)	4.857
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 12.234)	32.350
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	14.684

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 910,4 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	133.098
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	177.211
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	89.197
– mehr als fünf Jahre	9.408

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	302.255
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	69.403
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	172.291
– mehr als fünf Jahre	322.686

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 48.112)	30.733
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 43.579)	37.016

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 78.014

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 2.514)	1.285
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.815)	15.744

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.261
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.676

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– von unseren Kunden einbehaltene Abgeltungssteuer	8.360
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	5.025
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.023

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen
enthalten (Vorjahr: 6.556): 5.476

zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 9 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: –) 1.021
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –) 214

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
in 2009 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen: 6.637

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und
Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von
2011 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in
Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.

zu 10. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 14 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2009 wurden
keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose
Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse
in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine Stille Einlage in Höhe
von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 8 Jahren und 6 Monaten sowie eine Stille
Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 7 Jahren.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 28.05.2009 wurde der Bilanzgewinn 2008
in Höhe von 2,2 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn 2009 von insgesamt
12,7 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen.

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 201,7 Mio. € respektive 194,6 Mio. €.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 8,8 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 21,0 Mio. €.

Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlicher Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einer Tochtergesellschaft zu ermöglichen, etwaige Ausgleichzahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der Tochtergesellschaft ist.

— ANHANGANGABEN GEMÄß § 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

— TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Bei den Geschäften mit sonstigen Risiken handelt es sich um Kreditderivate sowie um strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten der Emittentinnen.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €	Zeitwerte Mio. €	Buchwerte Mio. €	Bilanz- posten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	248,0	1.123,3	1.650,0	3.021,3	-83,8	1,8/1,9	A13/P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	400,4	29,9	–	430,3	-0,4	1,0/1,1	A13/P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	–	114,8	–	114,8	114,5	114,8	A3/A5/P3
Börsengeschäfte	–	25,0	5,4	30,4	28,6	30,2	A5
Gesamt				3.596,8			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps / Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Kreditderivate

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eingegangene Sicherungsgeberpositionen, die als Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden.

Strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten

Die von der Sparkasse erworbenen strukturierten Produkte mit Kündigungsrechten werden nach den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen behandelt.

— PFANDBRIEFE

Die Sparkasse Bremen AG hat im Berichtsjahr erstmalig Pfandbriefe emittiert. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

	2009
	in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1	
Hypothekendarlehen	
Nennwert	53,0
Barwert	53,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	43,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	66,6
Deckungsmasse	
Nennwert	119,3
Barwert	132,2
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	114,6
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	153,7
Überdeckung	
Nennwert	66,3
Barwert	78,4
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	70,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	87,1
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens	
bis zu 1 Jahr	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	43,0
ab 10 Jahren	10,0
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
bis zu 1 Jahr	2,5
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	3,4
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	5,8
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	6,6
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	10,5
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	76,5
ab 10 Jahren	14,0
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3	
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.	
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4	
In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG enthalten:	
davon in Deckungswerten gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	5,3
	5,3

¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind mit rd. 4 % periodenfremde Erträge enthalten, die im Wesentlichen aus Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches resultieren.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 9,6 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 6,5 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen und 2,7 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge enthalten.

zu 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind u. a. 3,0 Mio. € Abschreibungen auf stille Beteiligungen und 1,4 Mio. € Aufwundersatzleistungen enthalten.

		2009 in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1		
a.) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen Kreditdeckung		
– bis zu 300 T €		109,5
– über 300 T € bis zu 5 Mio. €		4,5
– mehr als 5 Mio. €		0,0
Sichernde Überdeckung		
– bis zu 300 T €		0,0
– über 300 T € bis zu 5 Mio. €		0,0
– mehr als 5 Mio. €		5,3
b.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten ¹⁾ Bundesrepublik Deutschland		114,0
c.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ¹⁾		
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke
	2009 in Mio. €	2009 in Mio. €
Wohnungen	8,7	
Einfamilienhäuser	83,3	
Mehrfamilienhäuser	15,9	
Bürogebäude		0,0
Handelsgebäude		0,0
Industriegebäude		2,6
sonstige gewerblich genutzte Gebäude		3,3
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten		0,0
Bauplätze		0,2
		2009 in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2		0,0
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen ¹⁾		
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke
	2009 Anzahl	2009 Anzahl
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3		
a.) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2009	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0
b.) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0
	2009 in Mio. €	2009 in Mio. €
c.) Rückständige Zinsen	0,0	0,0

¹⁾ keine Grundstücksicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.	Anteil am Kapital Ende 2009 in %	Eigenkapital 2008 in T€	Ergebnis 2008 in T€³
Name und Sitz der Gesellschaft			
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	59.721	2.774
LBS Landesbausparkasse Bremen AG, Bremen	25,0	35.288	2.288
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0	12.782	0
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	12.000 ²	0 ¹
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	156 ²	16 ²
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.410	60
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2009

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.

Name und Sitz der Gesellschaft

	Anteil am Kapital in %
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	11,1
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	6,1

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 1,0 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,1 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel
Otto Lamotte
Heiko Oerter
Hans-Joachim Schur
Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,4 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2009 für Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Jürgen Oltmann
Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Thomas Fürst
Klaus Schöniger
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes (bis 31.01.2009)

Vorsitzender des Vorstandes (ab 01.02.2009)

stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes (bis 31.01.2009)

stellvertretendes Vorstandsmitglied (ab 01.02.2009)

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 0,3 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 1,9 Mio. € vergütet, davon 1,5 Mio. € fixe Bezüge und 0,4 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,1 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 12,4 Mio. €.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

— JÜRGEN OLTMANN

Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender (bis 31.01.2009)
BREBAU GmbH	AR, Vorsitzender (bis 19.04.2009)
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877-	AR
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR (bis 01.04.2009)

— DR. TIM NESEMANN

Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender (ab 01.02.2009)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR, Vorsitzender
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	AR
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR (ab 02.04.2009)

— THOMAS FÜRST

Bremer Toto-Lotto GmbH	AR (ab 26.02.2009)
Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH	AR, Vorsitzender
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR (ab 01.08.2009)

— KLAUS SCHÖNIGER

BREBAU GmbH	AR, Vorsitzender (ab 20.04.2009)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender
neue leben Holding AG	AR
neue leben Pensionskasse AG	AR
neue leben Pensionsverwaltung AG	AR
Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied
S Broker AG & Co. KG	AR

— DR. HEIKO STAROBOM

Öffentliche Versicherung Bremen	AR
---------------------------------	----

— HOLM DIEZ

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

AR

(ab 26.03.2009)

— RALF PASLACK

ErSol Solar Energy AG

AR

(bis 23.07.2009)

— BERNHARD RUSCHKE

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

**MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte

1.002 ¹

Teilzeit- und Ultimokräfte

457 ¹

1.459

Auszubildende

83

Insgesamt

1.542

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte

0

– Teilzeit- und Ultimokräfte

68

Bremen, 24. Februar 2010

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Dr. Nesemann

Fürst

Schöniger

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 22. April 2010

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Bolte
Wirtschaftsprüfer

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT 2010

RAHMENBEDINGUNGEN

ERHOLUNG NACH DER FINANZMARKT- UND WIRTSCHAFTSKRISE

Nachdem sich seit Frühjahr 2009 die Anzeichen mehrten, dass sich die Konjunktur nach der 2007 ausgelösten und im Folgejahr markant verschärften Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erholen könnte, vermochte niemand vorherzusagen, ob und inwieweit sich diese Erholung als stabil erweisen würde. Umso erstaunlicher, aber auch erfreulicher verlief 2010 – unter den gegebenen Rahmenbedingungen – die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Die ebenfalls zwar insgesamt erholte Weltwirtschaft zeigte ein im Einzelnen differenziertes Bild. Der großen Wachstumsdynamik in den lateinamerikanischen und insbesondere asiatischen Schwellenländern wie etwa China stand eine nur zaghafte bis immer noch krisenbelastete Entwicklung in vielen Industriestaaten gegenüber – so neben den USA vor allem in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, die in unterschiedlicher Zusammensetzung und Gewichtung unter einer hohen staatlichen Verschuldung, einer geringen Wettbewerbsfähigkeit, stark belasteten Bankensystemen und geplatzten Immobilienblasen leiden. Es bestätigt sich, dass die Rezession nicht in erster Linie ein konjunkturelles Problem ist, sondern durchaus fundamentalen Charakter hat. Die an den Kapitalmärkten geforderten Risikoprämien für die Finanzierung dieser Euro-Staaten sind 2010 deutlich gestiegen – zunächst im Frühjahr und dann erneut im Herbst. Der von der Bundesregierung initiierte Rettungsschirm, die Entwicklung eines langfristigen Stützungsmechanismus' und die Eingriffe der Europäischen Zentralbank, die zwischen Mai und September 2010 Staatsanleihen für über 70 Mrd. EUR erwarb, sollten die Funktionsfähigkeit der Märkte wiederherstellen. Eine spürbare Eindämmung der Risikoprämien ist aber letztlich noch nicht gelungen.

Deutschland nimmt in diesem Kontext eine Sonderrolle ein. Nach einem 2009 allerdings sehr erheblichen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 4,7 % legte es 2010 nach ersten Einschätzungen des Statistischen Bundesamtes immerhin um real 3,6 % zu. Die Erholung ist etwas schneller und kräftiger eingetreten als vor Jahresfrist erwartet. Die entscheidenden Impulse dafür kamen zunächst einmal mehr vom Export, der neben dem Gütertausch mit den Industrieländern vor allem von der Nachfrage der Schwellenländer nach Investitionsgütern

profitierte. Im weiteren Jahresverlauf verlagerten sich die Antriebskräfte zusehends auf die Binnenwirtschaft, die insgesamt schließlich 2,5 %-Punkte zum Wirtschaftswachstum beitrug. Treiber waren sowohl der private Konsum als auch die Investitionstätigkeit. Dies wirkte sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Er hatte sich bereits im Vorjahr mit einer Arbeitslosenquote von 8,2 % als robust erwiesen; im abgelaufenen Jahr konnte die Quote trotz Beendigung der Kurzarbeiterregelungen auf 7,7 % weiter gesenkt werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise hielt sich mit rund 1 % im Rahmen.

Für 2011 stehen die Zeichen günstig. Die Beschäftigung in Deutschland dürfte saisonbereinigt zunehmen. Die Ertragslage der Unternehmen scheint gut und der Verschuldungsgrad von Konsumenten und Unternehmen moderat. Gleichwohl wird 2011 die hohe Wachstumsrate des Vorjahres nicht wieder erreicht werden; zu sehr war diese vom Wiederaufholen nach dem rezessiven Einbruch geprägt. Nach Prognosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erscheint aber ein Wachstum des BIP von 2,2 % bis 2,5 % möglich.

Vergleichbar verlief die Entwicklung in Bremen und sind auch die Erwartungen für die bremische Konjunktur. Diese profitierte 2010 von der verbesserten Auftragslage und gestiegenen Auslandsnachfrage. Überwiegend zeichnete sich für alle Branchen ein freundlicheres Bild ab – so vor allem für die Industrie, den Export sowie Verkehr und Logistik, etwas gedämpfter allerdings für den Bau und den Einzelhandel. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm zwar – wie erwartet – zu, betraf aber weniger Beschäftigte als noch im Vorjahr. Konjunkturelle Kurzarbeit war allgemein auf dem Rückzug. Neben der Zahl offener Stellen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um etwa 1 %. Die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote bewegten sich auf Vorjahresniveau. Dies nährt Hoffnungen auf eine mögliche Fortsetzung des Aufholprozesses.

Bei aller angebrachten Zuversicht auf eine moderate weitere Erholung sind Risiken jedoch nicht ausgeschlossen – so etwa aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung, den Spannungen im Euro-Raum oder der künftigen Entwicklung an den Finanzmärkten.

AUSGEZEICHNETE BERATUNGSQUALITÄT SOWIE OPERATIVE EXZELLENZ

Neben der erneuten Prämierung der Sparkasse Bremen und ihres Tochterunternehmens, der nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, durch J. P. Morgan mit dem begehrten »Elite Quality Recognition Award« für ihre Leistungen im US-Dollar-Clearing zeichnete uns FOCUS MONEY im »CityContest 2011« bereits zum dritten Mal in Folge als »Sieger Bankentest Bremen« aus. Hier wie in weiteren 250 Städten besuchten Testkäufer jeweils mehrere Geldinstitute, um – unerkannt –

Fachkenntnis und Beratungskompetenz vor Ort auf Herz und Nieren zu prüfen. Diese Auszeichnung bestätigt erneut, dass die Sparkasse Bremen durch exzellente Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einen ganzheitlichen und bedürfnisorientierten Beratungsansatz eine überdurchschnittliche Beratungskompetenz aufweist. Beide Auszeichnungen bedeuten Lob und Anerkennung auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

UMSETZUNG DES BILANZRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZES

Der Gesetzgeber hatte bereits 2009 das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) mit dem Ziel verabschiedet, die Aussagekraft und Transparenz von handelsrechtlichen Jahresabschlüssen zu verbessern.

Die im Gesetz enthaltenen, die Rechnungslegung betreffenden Regelungsinhalte waren erstmals im Geschäftsjahr 2010 vollumfänglich anzuwenden und stellen hinsichtlich Komplexität und Bedeutung für Unternehmen aller Branchen – und damit auch für die Kreditwirtschaft – die größte Bilanzrechtsreform

seit der Verabschiedung des Bilanzrichtliniengesetzes im Jahr 1985 dar.

Die Sparkasse Bremen hatte daher bereits beginnend 2008 im Rahmen von betriebswirtschaftlichen Analysen die Auswirkungen der vorgesehenen Änderungen auf ihre Rechnungslegung untersucht und Handlungsfelder identifiziert. Damit waren frühzeitig die Voraussetzungen geschaffen, um die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen durchzuführen und die Rechnungslegung im Geschäftsjahr 2010 an die neue Gesetzgebung anzupassen.

GESCHÄFTSVERLAUF BILANZSUMME RÜCKLÄUFIG

Als Folge der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre war auch das Jahr 2010 durch eine angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation gekennzeichnet. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zeigte jedoch im Jahresverlauf deutliche Anzeichen einer konjunkturellen Erholung. Vor dem Hintergrund dieser weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen blickt die Sparkasse Bremen auf ein mehr als zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück.

Die Bilanzsumme verringerte sich um 2,3 % auf 10,6 Mrd. €.

Während sich im Stichtagsvergleich der Bestand an Forderungen an Kunden leicht erhöhte, verringerten wir erneut erheblich die Forderungen an Kreditinstitute.

Diese Aktiventwicklung korrespondiert in der Stichtagsbetrachtung auf der Passivseite insbesondere mit einer erheblichen Verringerung des Kundeneinlagenbestandes. Dagegen erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Zu den Entwicklungen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2010	2009	2008	2007	2006
Forderungen an Kunden	8.166,2	8.099,1	8.077,4	7.770,1	7.723,3
davon:					
Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.703,9	7.626,3	7.578,9	7.317,0	7.335,4
davon:					
Erworbene Schuldscheine	103,3	77,1	229,5	151,7	262,8
Treuhandkredite	19,4	18,1	18,4	18,8	18,6
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	442,9	454,7	480,1	434,3	373,3
Forderungen an Kreditinstitute	890,6	1.064,2	1.648,7	1.955,5	1.127,2

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, Treuhandkredite, Avale und Indossaments-

verbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2010 bei 8,2 Mrd. € und damit leicht über Vorjahresniveau.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2010	2009	2008	2007	2006
Firmenkunden*)	5.175,0	5.038,5	4.838,7	4.634,2	4.477,9
Privatkunden*)	2.582,6	2.601,9	2.631,1	2.699,7	2.773,7

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden lag mit 5,2 Mrd. € wiederum über Vorjahresniveau und damit auch über Plan. Während im Wohnungsbaukreditgeschäft ein Rückgang zu verzeichnen war, wurde dieser durch Zuwächse im sonstigen Darlehensgeschäft kompensiert.

Die Kredite an Privatkunden bewegten sich mit 2,6 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau, lagen jedoch damit auch geringfügig unter Plan. Ursächlich hierfür ist im sonstigen Darlehensgeschäft der als Gemeinschaftsprodukt der Sparkassenorgani-

sation eingeführte LBB-Privatkredit, der mit einer Verschiebung von Bestands- zu Provisionsgeschäft einhergeht. Dagegen zeigte das Wohnungsbaukreditgeschäft insbesondere im zweiten Halbjahr durch die positiven Auswirkungen aus der Einführung des Immobilien-Centers eine steigende Entwicklung.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich stichtagsbezogen um 16,3 % auf 0,9 Mrd. €. Wie im Vorjahr wurden fällige Geldanlagen bei Kreditinstituten nicht weiter prolongiert.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2010	2009	2008	2007	2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten	6.787,1	7.282,5	7.173,5	7.335,9	6.965,4
davon:					
Spareinlagen	2.967,3	3.139,8	3.314,9	3.674,2	3.798,4
Sparkassenbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	11,1
Schuldverschreibungen	451,8	382,2	475,3	441,6	436,9
Täglich fällige Einlagen	2.476,9	2.873,7	2.095,3	2.168,2	1.844,6
Befristete Einlagen	891,1	886,8	1.288,0	1.051,9	874,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.844,6	2.541,5	2.599,2	2.924,4	3.004,9

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich zum Jahresende um 6,8 % auf 6,8 Mrd. €.

Während die befristeten Einlagen stichtagsbezogen eine nahezu konstante Bestandsentwicklung verzeichneten, reduzierten sich wie im Vorjahr die Bestände an Spareinlagen. Der Bestand an täglich fälligen Einlagen zeigte im Vergleich zum hohen Vorjahresbestand ebenfalls eine rückläufige Entwicklung, verbleibt im Mehrjahresvergleich jedoch auf hohem Niveau.

Diese grundsätzlich von uns prognostizierte Bestandsentwicklung sehen wir weiterhin im Wesentlichen als Folge des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der daraus resultierenden grundsätzlichen Anlagezurückhaltung. Im Rückgang des Kundeneinlagevolumens bestätigte sich darüber hinaus unsere

Einschätzung, dass der konjunkturelle Aufschwung zunächst aus Einlagen finanziert wird.

Die von der Sparkasse Bremen emittierten Inhaberschuldverschreibungen zeigten einen gegenläufigen Trend und lagen erheblich über dem Niveau des Vorjahres. Diese Entwicklung sehen wir als Beleg für das große Interesse an den renditestarken Schuldverschreibungen der Sparkasse, die einen guten Einstieg in die Anlage festverzinslicher Wertpapiere erstklassiger Bonität bieten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich im Berichtsjahr stichtagsbezogen um 11,9 % auf 2,8 Mrd. €.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Aufgrund rückläufiger Provisionen insbesondere im Versicherungsgeschäft, aber auch im Bauspargeschäft infolge deutlicher Kundenzurückhaltung lag der Provisions-

überschuss jedoch unter dem von uns geplanten Wert. Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen erzielten wir mit 55,8 Mio. € dennoch ein für die Sparkasse Bremen gutes Ergebnis.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)

	2010	2009	2008	2007	2006
Aktien und Investmentzertifikate	559,3	630,7	984,8	922,4	677,2
Festverzinsliche Wertpapiere	262,3	376,2	307,8	204,2	146,0
Eigenemissionen ¹⁾	244,0	271,3	182,0	162,4	208,5

¹⁾ seit 2009 einschließlich Pfandbriefemission

Sowohl im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere als auch bei den Aktien und Investmentzertifikaten verzeichneten wir um 30,3 % bzw. um 11,3 % rückläufige Umsätze. Dieses sehen wir als Folge einer vor dem Hintergrund zu Jahresbeginn noch nicht stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch 2010 bestehenden grundsätzlichen Kundenzurückhaltung.

Die seit 2009 erfolgten Emissionen von Pfandbriefen führten zu einer deutlichen Zunahme unserer Eigenemissionen. Vor diesem Hintergrund erreichte der Umsatz in Eigenemissionen trotz des Rückgangs auch 2010 ein erfreuliches Niveau.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Die Erholung der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2010 dank einer robusten Industriekonjunktur fortgesetzt. Im Gesamtjahr 2010 wirkten weiterhin die expansive Geldpolitik im Zusammenhang mit den umfangreichen Konjunkturpaketen. Strukturprobleme in den einzelnen Volkswirtschaften (Peripherieländer) sowie ein immer noch anfälliges Finanzsystem könnten jedoch die Wachstumsdynamik zukünftig bremsen und für erneute Unsicherheit am Kapitalmarkt sorgen.

Im Umfeld der Finanzkrise kam es zu einer deutlichen Ausweitung der Staatsverschuldung. Einzelne Staatshaushalte im Euroraum sind in Schieflage geraten. Es wurde ein strikter Sparkurs erzwungen, dem die Länder mit drastischen Ausgabenkürzungen begegneten.

Eine Deflationsbekämpfung wurde durch eine »Nullzinspolitik« in den USA und in Europa fortgesetzt und durch unkonventionelle Maßnahmen der Notenbanken (z. B. Kauf von Staatsanleihen) ergänzt.

Die bereitgestellte Liquidität verhalf dem DAX im Jahr 2010 zu immer neuen Höchstständen. Nachdem er im Februar seinen Tiefpunkt erreicht hatte, näherte er sich unter volatilen Marktbewegungen stetig seinem Jahreshoch von 7.088 Punkten. Zum Jahresende schloss der Index mit 6.914 Punkten.

Hohe Fälligkeiten im Anlagebestand wurden im Jahr 2010 genutzt, um fällige höherverzinsliche langfristige Verbindlichkeiten zu tilgen. Darüber hinaus haben wir, um negative Auswirkungen aus entsprechenden Entwicklungen an den Kapitalmärkten zu vermeiden, lang laufende Anleihen zum Ende des Jahres verkauft.

In der Anlageklasse Investmentfonds wurde in bereits bestehende Assetklassen investiert. Hier wurde insbesondere die Assetklasse »Negative Basis« aufgestockt, welche Preisdifferenzen zwischen Anleihen und Credit Default Swaps ausnutzt.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Bei einer im Einzelnen differenzierten Entwicklung reduzierte sich unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen um insgesamt 2,4 Mio. € auf 215,2 Mio. €.

Zu Verringerungen führten vor allem die Veräußerung unserer Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, die Kapitalrückführungen von drei Private Equity-Fonds und -Dachfonds, daneben eine Teilveräußerung von Aktien an der Freie Internationale Sparkasse S. A. im Rahmen des Beteiligungsmodells für deren Geschäftsleiter und leitende Angestellte sowie die plangemäße Liquidation der bremen 4u Multimedia-Produktion und Vermarktung GmbH i. L.

Die Verringerungen überwogen die Zunahmen. Letztere resultierten im Wesentlichen aus Kapitalabrufen von sieben, darunter

zwei neu eingegangenen Beteiligungen an Private Equity-Fonds und -Dachfonds, darüber hinaus aus dem Rückerwerb von Aktien im Rahmen des Beteiligungsmodells für die Geschäftsleiter und leitenden Angestellten der Freie Internationale Sparkasse S. A. sowie einer Erhöhung unserer Beteiligung an der neue leben Pensionsverwaltung AG.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Insbesondere im Sachaufwand spiegeln sich die Investitionen in unsere Zukunftsprojekte wider. Der mit 98,2 Mio. € unter Plan liegende Sachaufwand zeigt darüber hinaus auch im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz. Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf unsere abgeschlossenen und laufenden Aktivitäten zum Kostenmanagement zurückzuführen. Insbesondere die 2008 durchgeführte Verlagerung von IT-Anwendungen auf die als Sparkassenverbands-Rechenzentrum tätige

Finanz Informatik GmbH & Co. KG und die damit verbundenen Prozessveränderungen und -optimierungen führten bereits zu Kosteneffekten und werden in den Folgejahren weitere Kostenreduzierungen nach sich ziehen. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2010 waren bei der Sparkasse Bremen 1.532 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-0,7% ggü. Vj.) beschäftigt, was umgerechnet auf Vollzeitkräfte 1.303 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entspricht. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 489. Die Zahl der Auszubildenden liegt mit 100 über dem Vorjahresniveau (99). Mit einer Ausbildungsquote von 7,46% der bankspezifisch Beschäftigten leisteten wir einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Bremen.

Auch 2010 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 84% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, davon rund mehr als die Hälfte darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt sowie rund ein Zehntel über den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Unser Vergütungssystem orientiert sich am Tarifvertrag der privaten und öffentlichen Banken und setzt sich strukturell aus festen und variablen Bestandteilen zusammen. Wir erfüllen die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, dieses gilt auch für die im Oktober 2010 in Kraft getretene Institutsvergütungsverordnung.

Nach intensiven Verhandlungen mit den jeweiligen Interessenvertretern wurden im September 2010 neue Versorgungsordnungen unterzeichnet. Diese zeitgemäße Neuregelung unserer betrieblichen Altersversorgung gilt ab 1. Januar 2010 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse Bremen.

Bereits 2007 wurden wir als familienfreundlicher Betrieb mit dem Grundzertifikat des Audits »berufundfamilie« der Hertie-Stiftung ausgezeichnet. Mit unseren Anstrengungen für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in den Bereichen Teilzeitbeschäftigung, Elternzeit und Unterstützung pflegender Angehöriger, sowie einer Vielzahl von Veranstaltungen rund um diesen Themenkomplex, haben wir die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeberin im abgelaufenen Jahr weiter erhöht. Ende 2010 erfolgte seitens der Hertie-Stiftung die Rezertifizierung im Rahmen des Audits »berufundfamilie«.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2010	2009	2008	2007	2006
Forderungen an Kreditinstitute	890,6	1.064,2	1.648,7	1.955,5	1.127,2
Forderungen an Kunden	7.703,9	7.626,3	7.578,9	7.317,0	7.335,4
Wertpapiere	1.402,0	1.616,4	1.081,4	1.343,0	1.862,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.844,6	2.541,5	2.599,2	2.924,4	3.004,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.335,3	6.900,3	6.698,2	6.894,3	6.528,4

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 173,6 Mio. € oder 16,3 %. Damit reduzierte sich auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bilanzsumme von 9,8 % auf 8,4 %. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 77,6 Mio. € oder 1,0 % und tragen mit 72,7 % zur Bilanzsumme bei. Der Bestand an Wertpapieranlagen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 214,4 Mio. € oder 13,3 %. Damit reduzierte sich auch der Anteil der Wertpapiere an der Bilanzsumme von 14,9 % auf 13,2 %. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere hohe Fälligkeiten im Anlagebestand, die 2010 genutzt wurden, um fällige höherverzinsliche langfristige Verbindlichkeiten zu tilgen. Darüber hinaus wurde der Bestand an längerfristigen Anleihen zum Jahresende abgebaut. Die rückläufigen Entwicklungen auf der Aktivseite korrespondiert passivseitig insbesondere mit der Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die sich gegenüber dem Vorjahr um 565,0 Mio. € oder 8,2 % verringerten. Diese Entwicklung sehen wir im Wesentlichen als Folge der nach wie vor bestehenden Anlagezurückhaltung im Privat-

kundenbereich. Darüber hinaus wurde im Firmenkundenbereich bei der Finanzierung des konjunkturellen Aufschwungs verstärkt auf vorhandene Liquidität zurückgegriffen. Im Verhältnis zur Bilanzsumme reduzierte sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zum Vorjahr von 63,6 % auf 59,7 %. Gegenläufig entwickelten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, deren Bestand sich um 303,1 Mio. € oder 11,9 % erhöhte.

Die Wertpapiere der Direkt- und Fondsanlagen im Anlagevermögen haben wir – im Hinblick auf die gesicherte Rückzahlung – teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Das Kernkapital der Sparkasse Bremen am 31. Dezember 2010 betrug 535,2 Mio. €. Dies entspricht einer Quote von 6,9 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 757,3 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 9,9 % und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

FINANZLAGE

Unsere bereits in den Vorjahren komfortable Liquiditätslage wurde auch 2010 bewusst aufrechterhalten und ist auch mit Blick auf die folgenden Jahre mehr als ausreichend.

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, die die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften belief sich im Jahresdurchschnitt auf 119,3 Mio. €.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betrug zum Bilanzstichtag 1,9 Mrd. €.

Diese komfortable Liquiditätslage sowie unsere umfassenden Maßnahmen zum Management und zur Steuerung der Liquidität stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO.€)

	2010	2009	2008	2007	2006
Zinsüberschuss ¹⁾	232,1	202,9	212,4	208,3	221,0
Provisionsüberschuss	55,8	59,1	59,8	59,1	55,8
Nettoergebnis des Handelsbestands	-0,8	2,1	-2,1	3,6	1,3
Personalaufwand	89,9	114,8	124,3	106,4	119,3
Sachaufwand ²⁾	98,2	104,8	112,9	105,7	95,1
Verwaltungsaufwand ²⁾	188,1	219,6	237,2	212,1	214,4
Bewertungsergebnis	-55,2	-38,2	-48,6	-65,3	-66,1
Außerordentliches Ergebnis	-6,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewinnabhängige Steuern	6,4	2,4	-1,9	0,3	-1,2
Jahresergebnis	23,0	12,7	2,2	10,5	15,1
Dividende	0,6	0,0	0,0	0,4	0,5
Rücklagenzuführung	22,4	12,7	2,2	10,1	14,6

¹⁾ einschließlich laufender Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen

²⁾ einschließlich Abschreibungen

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt auf Basis von handelsrechtlichen Zahlen. Die unterjährige Planung und Steuerung erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Beide Ansätze sind jederzeit ineinander überführbar. Während die betriebswirtschaftliche Sicht der Systematik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Betriebsvergleiches und des Erfahrungsaustausches der Großsparkassen entspricht, ermöglicht der von uns hier gewählte handelsrechtliche Ausweis auch eine Vergleichbarkeit mit Kreditinstituten des privatrechtlichen Sektors.

Die Ergebnisentwicklung der Sparkasse Bremen war auch 2010 beeinflusst durch die nach wie vor angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation. Trotz des weiterhin schwierigen Umfeldes konnten wir ein gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenes und erheblich über Plan liegendes Jahresergebnis erzielen.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich um 14,4 % bzw. 29,2 Mio. €. Mit 232,1 Mio. € liegt er damit auch deutlich über dem geplanten Wert. Während sich das Kundengeschäft, insbesondere im Firmenkundenbereich, deutlich besser als erwartet entwickelte, blieb das stark gestiegene Fristentransformationsergebnis unter unseren Erwartungen. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie das weiterhin niedrige Zinsniveau entlasteten den Zinsaufwand deutlich. Während sich die Zinserträge um 40,8 Mio. € auf 426,2 Mio. € verringerten, verzeichneten wir beim Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) sogar einen Rückgang um 69,9 Mio. € auf 194,1 Mio. €. Vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen aufgrund der angespannten wirtschaftlichen

Gesamtsituation sowie des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auf den Geld- und Kapitalmärkten ist dies für die Sparkasse Bremen ein mehr als hervorragendes Ergebnis. Wie in den Vorjahren enthält der Zinsüberschuss Erträge und Aufwendungen aus der Auflösung von Zinsswaps, die der Zinsbuchsteuerung dienen.

Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ergebniskomponente. Aufgrund rückläufiger Provisionen insbesondere im Versicherungsgeschäft, aber auch im Bauspargeschäft infolge deutlicher Kundenzurückhaltung lag der Provisionsüberschuss jedoch unter dem von uns geplanten Wert. Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen erzielten wir mit 55,8 Mio. € dennoch ein für die Sparkasse Bremen gutes Ergebnis.

Beim Nettoergebnis des Handelsbestandes konnten wir den positiven Ergebnisbeitrag des Vorjahres leider nicht erreichen. Die negative Ergebnisentwicklung steht in engem Zusammenhang mit den im Berichtsjahr weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten.

Der Personalaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr erneut erheblich um 21,7 % bzw. 24,9 Mio. € auf 89,9 Mio. € und liegt damit auch deutlich unter Plan. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf Personalarückgänge infolge natürlicher Fluktuation sowie auf Entlastungen aus der verabschiedeten Neuregelung zur betrieblichen Altersversorgung zurückzuführen. Ursächlich für die Unterschreitung des für das Berichtsjahr geplanten Wertes sind der im Rahmen der Lohn-, Gehalts- und Versorgungsleistungen berücksichtigte Tarifabschluss der privaten und öffentlichen Banken, der moderater als erwartet ausfiel sowie geringere Zuführungen zu

den Pensionsrückstellungen aufgrund von Entlastungen aus der betrieblichen Altersversorgung.

Der ebenfalls unter Plan liegende Sachaufwand zeigt auch im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz und verringerte sich um 6,3 % bzw. 6,6 Mio. € auf 98,2 Mio. €. Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf unsere abgeschlossenen und laufenden Aktivitäten zum Kostenmanagement zurückzuführen. Insbesondere die 2008 durchgeführte Verlagerung von IT-Anwendungen auf die als Sparkassenverbands-Rechenzentrum tätige Finanz Informatik GmbH & Co. KG und die damit verbundenen Prozessveränderungen und –optimierungen führten bereits zu Kosteneffekten und werden in den Folgejahren weitere Kostenreduzierungen nach sich ziehen. Darüber hinaus spiegeln sich im Sachaufwand die Kosten aus der umfassenden Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern wider, die im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit Marktfolgeaktivitäten im Aktiv- und Passivgeschäft sowie im Bereich Finanzen und Controlling betrifft.

Der gesamte Verwaltungsaufwand hat sich damit noch besser als erwartet entwickelt.

Die verbesserte Ertrags- und Aufwandsentwicklung zeigt sich entsprechend in der Entwicklung des Cost-Income-Ratio. Sie betrug im Berichtsjahr 69,4 % (Vorjahr: 80,7 %).

Im Bewertungsergebnis konnten wir unseren für 2010 geplanten Wert dagegen nicht ganz erreichen.

Für den Kreditbereich hatten wir aufgrund anfangs noch ungewisser konjunktureller Rahmenbedingungen und einer konservativen Betrachtung vorsorglich ein Ergebnis über Vorjahresniveau geplant. Diese Einschätzung hat sich bestätigt, das Bewertungsergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr, entwickelte sich dabei jedoch etwas besser als noch zunächst erwartet.

Im Wertpapier- und Beteiligungsbereich verzeichneten wir in Einzelportfolien entgegen der Planung eine negative Entwicklung, die zusätzliche Bewertungsmaßnahmen erforderlich machte.

Das im Berichtsjahr erstmals ausgewiesene außerordentliche Ergebnis ist Resultat der Umstellungseffekte im Zusammenhang mit der Umsetzung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes.

Der gewinnabhängige Steueraufwand belief sich auf 6,4 Mio. €. Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 10,3 Mio. € auf 23,0 Mio. €. Davon sollen 0,6 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet werden sowie 22,4 Mio. € zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 5,4 % (Vorjahr: 2,9%).

GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche die Kreditinstitute erneut vor besondere Herausforderungen stellte, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im vergangenen Geschäftsjahr sehr erfreulich. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die

Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse Bremen für Ihre Kunden auch weiterhin ein leistungsstarker Partner in allen Finanz- und Kreditangelegenheiten sein wird.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2010 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt daher grundsätzlich unter der risikostategischen Beachtung zweier Aspekte: Es muss auf der einen Seite für die Übernahme der Risiken ausreichendes Risikodeckungskapital vorhanden und auf der anderen Seite ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Gerade bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine solche aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den nachhaltigen Erfolg und die Existenz des Unternehmens zu sichern.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Der Gesamtbank- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen, der sich an den Erfordernissen des Geschäftsmodells orientiert, baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken und überprüft mindestens jährlich die Risikostrategie, die als Leitlinie für alle Unternehmensbereiche gilt und neben der aktuellen Risikosituation regelmäßig mit dem Aufsichtsrat erörtert wird.

Der Vorsitzende des Vorstandes hat hierbei u. a. die Federführung für die strategische Planung und die Gesamtsteuerung.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen ihre maßgeblichen Organisationseinheiten beteiligt sind. Insbesondere ist auch die Interne Revision in die Planungsprozesse eingebunden. Die Verantwortung für die Koordination der strategischen Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung und -steuerung. Die strategische Planung wird dazu in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen.

Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Ausschuss Gesamtbanksteuerung werden Planabweichungen in der operativen Planung frühzeitig und rechtzeitig identifiziert sowie mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Ausschuss Gesamtbanksteuerung die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimite vor. Grundlage für den Ausschuss Gesamtbanksteuerung sind dabei die Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisiko-steuerung.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch ausgelagerte Bereiche ein-

Darüber hinaus verschafft sich die Sparkasse Bremen im Rahmen der regelmäßigen Risikoinventur einen Überblick über ihre Risiken. Aktuell werden im Risikomanagement vier Arten von Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit unterschieden. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko und Credit Spread Risiko), das Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponente in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

bezogen sind. Mit dem Risikomanagementsystem werden die organisatorischen Anforderungen des § 25a KWG, wie beispielsweise die MaRisk, sowie weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllt.

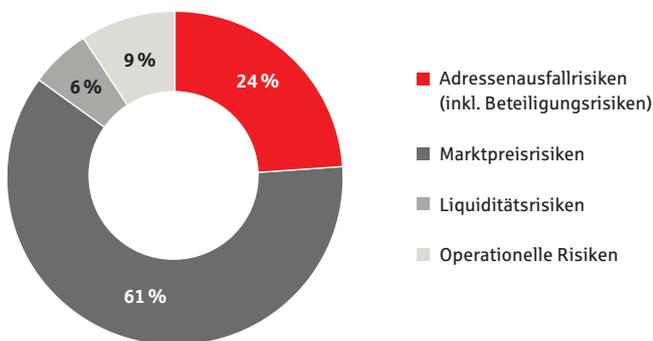
Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch die Einheiten Unternehmensentwicklung und -steuerung bzw. Kreditmanagement, die den Marktfolgevorgängen unterstehen. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten bzw. zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten erfolgt dabei neben dem täglichen Risikobericht ein monatliches Reporting über die Entwicklung aller Risiken im Gesamtvorstand bzw. in den zuständigen Ausschüssen, welches eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung ermöglicht sowie das dezentrale Risikomanagement in den Unternehmensbereichen unterstützt.

Kernelement der Risikoberichterstattung sind der monatliche Risikobericht bzw. der quartalsweise Kreditrisikobericht, in denen die steuerungsrelevanten Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale, der Auslastung der Risiken, der Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst werden.

Die grundsätzliche Zielsetzung des Risikomanagementsystems ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet

ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9% nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN PER 31.12.2010



ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Geld- und Kapitalmarktentwicklungen wurden neben der turnusmäßigen Überprüfung der Limite darüber hinaus ergänzende Analysen ausgewählter Portfolios und Positionen insbesondere im Hinblick auf Länderrisiken im europäischen Bereich durchgeführt. Darauf aufbauend wurden entsprechende Handlungsstrategien festgelegt.

Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch die Risikoinventur erkannt, durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht und durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2010 in beiden Steuerungskreisen zu jeder Zeit gegeben, was auch die Ergebnisse zu einzelnen Stresstests vollständig einschließt.

Das zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial ist darüber hinaus in 2010 weiter angestiegen.

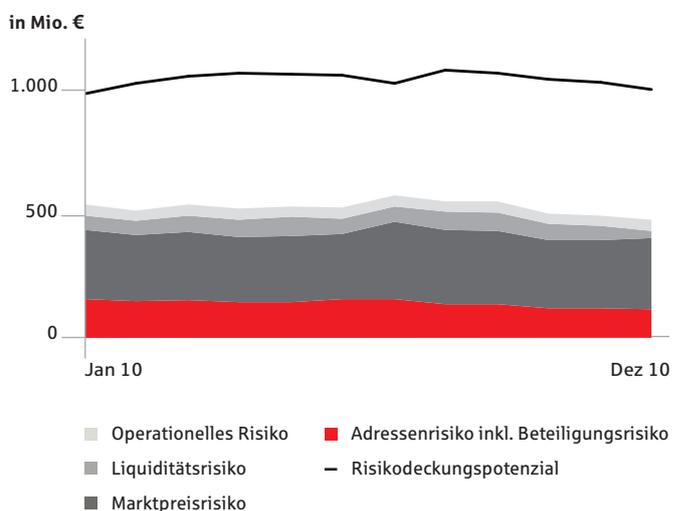
Die Summe aller barwertigen Risiken lag im Jahresdurchschnitt deutlich unterhalb des zur Verfügung stehenden Risiko-

Die regelmäßige Risikomessung wird um die laufende und einzelfallbezogene Analyse einzelner Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken ergänzt, die eine bessere Einschätzung der denkbaren Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen ermöglichen. Mit Hilfe dieser Stresstests kann damit auf Gesamtbank- und Teilportfolioebene bereits frühzeitig die Notwendigkeit zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen ermittelt werden.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, der Risiken und der Liquidität verfolgt die Sparkasse Bremen die permanente Weiterentwicklung und Verbesserung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

deckungspotenzials. Das tatsächlich eingesetzte Risikokapital wurde im Jahresverlauf konstant gehalten und spiegelt die stabile Risikolage wider.

IST-RISIKEN



Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen (alt: Grundsatz I) überschritt per 31. Dezember 2010 mit einer Gesamtkennziffer von 9,9 % zudem deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Solvabilitätskoeffizient (alt: Grundsatz I)	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Gesamtkennziffer	9,9 %	10,3 %	10,9 %

Die neuen Anforderungen an die Kernkapitalquote gemäß Basel III sind erfüllbar und geben der Sparkasse Bremen keinen akuten Handlungsbedarf vor.

Im Anschluss an die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich die Realwirtschaft in 2010 stark erholt ohne jedoch das Vorkrisenniveau zu erreichen. Im Zuge dessen haben sich in der ersten Jahreshälfte auch die Finanzierungsbedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten spürbar verbessert. Ab dem zweiten Quartal 2010 sind jedoch wieder erhöhte Risiken aufgrund währungspolitischer Instabilitäten einzelner europäischer Staaten zu beobachten gewesen. Damit sind weitere Belastungen des Finanzsystems bzw. in der Folge für die

Realwirtschaft nicht auszuschließen. Wir haben dieser Situation durch eine weiterhin vorsichtige Risikopolitik Rechnung getragen. Dabei konnten Chancen an den Kapitalmärkten durch Umstrukturierung des Bestands an eigenen Wertpapieren bei weiterhin stabiler Liquiditätssituation und Risikotragfähigkeit genutzt werden.

Im Rahmen der Reaktionen der Bankenaufsicht auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wurden die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) bis Ende 2010 erneut überarbeitet.

Die dritte Novellierung der MaRisk wird voraussichtlich eine teilweise Aktualisierung des Risikomanagementsystems der Sparkasse Bremen erfordern.

Im Jahr 2010 hat die Sparkasse Bremen unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Fristen zunächst die Restaktivitäten aus der vorangehenden MaRisk Novelle abgeschlossen. Im Anschluss daran wurde bereits in der zweiten Jahreshälfte ein Projekt aufgesetzt, um die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu prüfen, Umsetzungslücken zu identifizieren und diese überwiegend noch 2010 zu schließen.

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von Credit-PortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen erfolgt die Steuerung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der Einheit Kreditmanagement und im Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Im Jahr 2010 wurde darüber hinaus die bestehende Konzeption zur Begrenzung und Steuerung der Adressenausfallrisiken

überarbeitet. Dabei wurde das Kontingentsystem für besondere Geschäftsbereiche weiter ausgebaut. Diese sowie die weiteren Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Der wurde 2010 im Rahmen der fortgesetzten Weiterentwicklung grundlegend überarbeitet, um eine optimierte Integration der Zahlen in die Gesamtbanksteuerung zu ermöglichen. Adressat des Berichtes ist neben der Geschäftsleitung der Kreditausschuss sowie der Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen bereits seit vielen Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Neben den bereits bewährten Verfahren KundenScoring, KundenKompaktRating, Standard-Rating, ImmobiliengeschäftsRating ist im Bereich der Ratingverfahren für spezielle Kundensegmente im Firmenkundengeschäft (Projektfinanzierungen, Leasing, Banken und Corporates) für 2011 die Einführung eines Ratingverfahrens für Schiffsfinanzierungen geplant. Damit stehen bereits heute für unsere Standard- und die überwiegenden Spezialkundensegmente geeignete Bonitätseinschätzungsverfahren zur Verfügung.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risiko- beurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obliga- torisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse Bremen, der als oberstes Kreditbewilligungsorgan Teil des Aufsichtsrats ist.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements (Inten- sivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftiger Kreditengagements (Sanierung) setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in einer vom Marktbereich unabhä- ngigen Einheit ein.

Die Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Ad- ressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens überwacht und gesteuert.

Die Sparkasse Bremen hat zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kundenkredit- und Handelsgeschäft meh- rere Frühwarnsysteme im Einsatz, die mit Blick auf die Markt-

entwicklungen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Für das Kundenkreditgeschäft ist hier die Anwendung IntensPro im Einsatz.

Die Sparkasse Bremen hat ein Projekt zur Weiterentwicklung des schon im Kreditmanagement verankerten aktiven Kredit- portfoliomanagements ins Leben gerufen. Zielsetzung ist es, durch Einsatz traditioneller und derivativer Risikotransferin- strumente Adressrisikokonzentrationen abzubauen und das dadurch freigesetzte Risikokapital wieder gewinnbringend in Risikoaktiva zu investieren. So kann nicht nur der Kapitalein- satz, sondern insbesondere der Spielraum für das Firmenkun- dengeschäft bei gleichzeitiger Begrenzung der Einzel- und Portfoliorisiken optimiert und ausgebaut werden. Im Projekt werden die Verfahren zur Messung der Risikokonzentration und zur Bestimmung des gesamtgeschäftsbezogenen Adressrisiko- abbau- und -investitionspotenzials sowie zur Überwachung der Portfolioentwicklung verfeinert, der Katalog von Risikoabsiche- rungsinstrumenten vervollständigt sowie die Managementorga- nisation den optimierten Steuerungsmöglichkeiten angepasst.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertmin- derung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwäh- rungen. Zusätzlich wurden 2010 die Credit Spread Risiken als wesentliche Risikokomponente der Marktpreisrisiken quanti- fiziert und in den Risikomanagementprozess integriert.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden vor- standsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird bör- sentäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Posi- tionen nach dem Value-at-Risk-Verfahren (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtli- cher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2010 unterhalb des vergebenen Risikolimits, obwohl in der zweiten Jahreshälfte der VaR aufgrund der Einbeziehung der Credit Spread Risiken stark angestiegen ist. Im 4. Quartal wurde die Fristentransformation aufgrund der eingetretenen Zinsstrukturverflachung reduziert, was wieder zu einem leicht sinkenden Risiko führte.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handels- bestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf 2010 den Schluss zu, dass das verwendete Modell sowie die entsprechenden Pa- rameter angemessen sind.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt in- stitutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Der Ausschuss Treasury beschließt unter anderem über die haus- interne Zinsmeinung sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine aktive Stra- tegie. Dabei wird das Zinsbuch durch den Ausschuss Treasury entsprechend der aktuellen Zinsmeinung und innerhalb der gesetzten Limite ausgesteuert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir zum einen die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Zum anderen ist auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko gemeint, das die Gefahr bezeichnet, dass aus der Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve aus der Liquiditätsfristentransformation innerhalb eines bestimmten Zeitraums ein Verlust entsteht.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity-at-Risk berechnet, dem eine Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenübergestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert.

Ergänzend dazu wurden 2010 im Rahmen des Projektes zur Aktualisierung und Erweiterung des Liquiditätsmanagements

die konzeptionellen Grundlagen geschaffen, um das Liquiditätsrisiko unter aufsichtsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten optimal zu managen. Darüber hinaus wurde – neben einer erweiterten Liquiditätsrisikostrategie und einer deutlich erhöhten Anzahl von Stresstests – die bestehende Notfallplanung für eine effiziente Steuerung des Liquiditätsrisikos auch in schwierigen Marktsituationen überarbeitet. Diese berücksichtigt die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig.

Zur weiteren Unterstützung des gesamten Liquiditätsmanagements wurde im Rahmen des jahresübergreifenden Einführungsverfahrens der Finanz Informatik GmbH & Co. KG Mitte des Jahres als erstes Modul das Standardsoftware-Paket »sDIS OSPlus« in der Sparkasse Bremen zum Einsatz gebracht. Mit der Umsetzung der weiteren Module im Jahr 2011 wird das etablierte Anwendungssystem »Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus« um die Komponente Liquiditätsrisikosteuerung erweitert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2010 regelmäßig über der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt unsere stabile Liquiditätssituation wider.

Liquiditätsverordnung (alt: Grundsatz II)	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Gesamtkennziffer	1,29	2,15	2,13

Die Entwicklung der Gesamtkennziffer erfolgte planmäßig, da 2010 aufgrund der verbesserten Steuerungsinstrumente ein betriebswirtschaftlich optimiertes Management der Liquidität verfolgt wurde.

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt werden. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und dv-technischen Funktionen existiert darüber ein zentrales Leistungsmanagement und regelmäßiges Risikomonitoring innerhalb der Einheit Unternehmensentwicklung und -steuerung, in das alle wesentlichen Auslagerungen integriert sind und das im Sinne eines modernen Dienstleistermanagements fortwäh-

rend weiterentwickelt wird. Dieses Leistungsmanagement wird durch eine jährliche Risikoanalyse über die wesentlichen Auslagerungen ergänzt, die im Rahmen des turnusmäßigen Beteiligungscontrollings durchgeführt wird.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2010, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen sind als Ergebnis der Risikoinventur auch 2010 keine Bestand gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar gewesen.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang

der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicherzustellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden.

Die durchgeführten Notfalltests, die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen.

Für 2011 und 2012 erwarten wir nach den deutlichen Anzeichen im vergangenen Jahr eine weitere stetige konjunkturelle Erholung. Diese prognostizierte Entwicklung sehen wir jedoch nach wie vor mit Unsicherheiten insbesondere hinsichtlich der währungspolitischen Stabilität innerhalb des Euro-Raums belastet. Daher haben wir wie in den Vorjahren unserer Erwartung durch einen eher konservativen Planungsansatz Rechnung getragen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Im Zusammenhang mit der prognostizierten positiven konjunkturellen Entwicklung gehen wir aktivseitig in den Folgejahren von weiterem Wachstum des Kundengeschäftsvolumens, insbesondere im Bereich der Firmenkunden aus. Grundsätzlich werden wir das Kreditgeschäft unter Risikogesichtspunkten wie in der Vergangenheit weiterhin streng kontrollieren, um eine effektive Steuerung und Überwachung unseres Bewertungsergebnisses zu gewährleisten.

Im Passivbereich sehen wir bei den Tages- und Termingeldern einen weiteren leichten Rückgang des Kundeneinlagenvolumens. Dieser Einschätzung liegt die Annahme zugrunde, dass das verstärkt einsetzende Wirtschaftswachstum zunächst weiter verstärkt aus Einlagen finanziert wird.

Ertragsseitig erwarten wir beim Zinsergebnis insbesondere aufgrund eines sukzessiven Anstiegs der Geld- und Kapital-

marktzinsen beginnend 2011 eine leicht positive Entwicklung und damit noch über dem Zinsüberschuss des vergangenen Jahres liegende Ergebnisbeiträge. Maßgebliche Treiber dieser Ergebnisverbesserung wird aus unserer Sicht das Kundengeschäft sein. Während wir im Kreditgeschäft Erlössteigerungen insbesondere aufgrund der beschriebenen Bestandsausweitungen erwarten, gehen wir im Einlagengeschäft von margengetriebenem Erlöswachstum aus.

Auch beim Provisionsüberschuss sehen wir für das laufende und das folgende Jahr Wachstumspotenzial. Insbesondere im Wertpapiergeschäft – als Folge einer steigenden Kundennachfrage aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung – sowie im Versicherungsgeschäft gehen wir von deutlich höheren Provisionserlösen aus.

Über diese erwarteten Entwicklungen hinaus sehen wir mögliche zusätzliche Chancen, sofern sich insbesondere die im Rahmen des Strategieprozesses 2015 festgelegten Maßnahmen zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisverbesserung besser als erwartet auswirken. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellen wir jedoch eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Wir stabilisieren dadurch die Aussagekraft unserer prognostizierten Daten.

Den Verwaltungsaufwand sehen wir insgesamt für 2011 annähernd auf Vorjahresniveau, gehen für 2012 aber von einem rückläufigen Trend aus. Beim Personalaufwand erwarten wir 2011 einen insbesondere durch den Bereich der Versorgungsleistungen ausgelösten Rückgang. Ursächlich hierfür sind im

Wesentlichen besondere, bereits 2010 aufgetretene Belastungen aus gesetzlichen Bewertungsänderungen im Rahmen der Pensionsverpflichtungen sowie sich ergebende Entlastungen aus der 2010 verabschiedeten Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung. Im Sachaufwand gehen wir für 2011 von einer nahezu gleichbleibenden Entwicklung aus. Diese ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch ein erhöhtes Projektbudget sowie die zu leistende Bankenabgabe. Für die Folgejahre erwarten wir jedoch stark rückläufige Sachaufwendungen. Insbesondere weitere Prozessoptimierungen, die im Zusammenhang mit der 2008 durchgeführten Auslagerung unserer IT-Anwendungen stehen sowie Kosteneinsparungseffekte aus der Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistern werden sich positiv auswirken. Darüber hinaus erwarten wir Entlastungen aus vorgesehenen Maßnahmen zur Optimierung unseres Beschaffungsmanagements.

Die Cost-Income-Ratio wird 2011 bei rund 70 % liegen.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft erwarten wir eine positive Entwicklung. Trotz steigenden Kreditvolumens gehen wir für 2011 infolge der positiven Konjunkturprognosen von einem Ergebnis auf Vorjahresniveau aus. Mittelfristig

sehen wir beginnend ab 2012 rückläufige Bewertungsergebnisse im Kreditbereich. Hier schlägt sich neben einer guten konjunkturellen Entwicklung die strukturelle Optimierung des Kreditportfolios nieder.

Im Bewertungsergebnis des Wertpapiergeschäftes wirkt sich die in den Vorjahren erfolgte Reduzierung der Risikopositionen in den Spezialfondsanlagen nachhaltig positiv aus. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Erholung und einer damit einhergehenden verbesserten Zinsprognose erwarten wir rückläufige Spreads. Unter Berücksichtigung einer auf die Zinsprognose abgestellten Anlagepolitik sehen wir für das laufende Jahr und für 2012 tendenziell ausgeglichene Bewertungsergebnisse. Die Sparkasse Bremen wird auch weiterhin bei ihren Direkt- und Spezialfondsanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Beim Gesamtergebnis erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen für 2011 und 2012 weiter steigende Jahresergebnisse. Auch die Eigenkapitalrentabilität wird sich demzufolge in den Folgejahren positiv entwickeln.

SCHLUSSEKTLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2010 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2011

Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS 2010

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2010

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			57.430.961,96		71.982
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			<u>184.423.572,08</u>		104.205
				241.854.534,04	176.187
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		-
b) Wechsel			<u>--</u>		-
				--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			32.535.082,76		396.166
b) andere Forderungen			<u>858.063.097,97</u>		668.021
				890.598.180,73	1.064.187
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	3.280.327.614,50				3.210.477
<i>Kommunalkredite</i>	135.654.638,14				149.498
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
ab) von anderen Emittenten		<u>--</u>	--		-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		19.282.821,91			87.707
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	19.282.821,91				87.707
bb) von anderen Emittenten		<u>748.488.023,21</u>	767.770.845,12		959.395
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	690.815.164,51				916.796
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>--</u>		17.789
<i>Nennbetrag</i>	--				17.662
				767.770.845,12	1.064.891
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
6a. Handelsbestand					
					608.304.887,69
7. Beteiligungen					
					25.881.959,19
					117.292.829,88
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	1.028,19				6.276
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	3.337.083,63				3.337
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
					97.909.966,53
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	12.967.853,36				12.792
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
9. Treuhandvermögen					
					19.403.053,93
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	18.589.716,37				18.124
10. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			--		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2.150.219,82		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert			--		-
d) geleistete Anzahlungen			<u>--</u>		-
				2.150.219,82	4.300
11. Sachanlagen					
					91.700.473,59
12. Sonstige Vermögensgegenstände					
					32.686.199,68
13. Rechnungsabgrenzungsposten					
					4.260.267,88
Summe der Aktiva					
					10.603.698.458,01
					10.850.001

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			144.745.921,81		102.722
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.699.862.720,93</u>		2.438.799
			2.844.608.642,74		2.541.521
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.696.304.127,44				2.730.906
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>270.971.195,70</u>	2.967.275.323,14			408.914
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.476.917.537,00				2.873.711
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>891.103.603,53</u>	<u>3.368.021.140,53</u>			886.777
			6.335.296.463,67		6.900.308
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			274.486.800,68		217.728
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>---</u>		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	<u>---</u>				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>---</u>				-
			274.486.800,68		217.728
3a. Handelsbestand					
					<u>---</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten					19.403.053,93
darunter:					
Treuhandkredite	18.589.716,37				18.124
5. Sonstige Verbindlichkeiten					28.032.159,18
6. Rechnungsabgrenzungsposten					5.107.534,92
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			244.427.215,00		241.051
b) Steuerrückstellungen			3.747.367,00		1.608
c) andere Rückstellungen			<u>46.812.290,48</u>		49.751
			294.986.872,48		292.410
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					177.333.810,69
9. Genusrechtskapital					62.000.000,00
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	40.000.000,00				80.000
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken					<u>---</u>
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital	370.000.000,00				370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00			53.000
b) Kapitalrücklage		47.041.959,68			47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	<u>---</u>				-
cb) Rücklage für eigene Anteile	<u>---</u>				-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	<u>---</u>				-
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>69.418.814,64</u>	69.418.814,64			56.680
d) Bilanzgewinn		<u>22.982.345,40</u>			12.739
			562.443.119,72		539.461
Summe der Passiva			10.603.698.458,01		10.850.001
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			<u>---</u>		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			442.932.463,80		454.706
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>---</u>		-
			442.932.463,80		454.706
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			<u>---</u>		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			<u>---</u>		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>421.616.878,96</u>		314.201
			421.616.878,96		314.201

**GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2010**

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		379.725.628,55			416.596
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>21.848.378,52</u>	401.574.007,07		26.966
2. Zinsaufwendungen			<u>194.115.357,37</u>		264.057
				+ 207.458.649,70	+ 179.505
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			17.315.675,87		18.830
b) Beteiligungen			2.551.823,13		1.513
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>1.637.543,25</u>		2.093
				21.505.042,25	22.436
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				3.181.365,40	1.004
5. Provisionserträge			62.119.513,01		65.416
6. Provisionsaufwendungen			<u>6.318.197,06</u>		6.272
				+ 55.801.315,95	+ 59.144
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				- 764.909,51	+ 2.133
8. Sonstige betriebliche Erträge				16.617.624,41	22.490
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		73.489.388,90			80.267
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		<u>16.433.759,18</u>	89.923.148,08		34.560
	4.505.315,16				22.054
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>88.686.395,48</u>		94.534
				178.609.543,56	209.361
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				9.558.224,22	10.273
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen				22.817.763,38	11.606
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			43.516.235,95		34.482
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>---</u>		-
				- 43.516.235,95	- 34.482
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			11.649.781,96		3.736
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>---</u>		-
				- 11.649.781,96	- 3.736
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				1.484.724,19	1.500
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>---</u>	-
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+ 36.162.814,94	+ 15.754
19. Außerordentliche Erträge			44.588,52		-
20. Außerordentliche Aufwendungen			<u>6.395.317,00</u>		-
21. Außerordentliches Ergebnis				- 6.350.728,48	-
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			6.350.184,75		2.409
23. Sonstige Steuern			<u>479.556,31</u>		606
				6.829.741,06	3.015
24. Jahresüberschuss				22.982.345,40	12.739
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				<u>---</u>	-
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				<u>---</u>	-
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			<u>---</u>		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			<u>---</u>		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			<u>---</u>		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>---</u>	<u>---</u>	-
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			<u>---</u>		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			<u>---</u>		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			<u>---</u>		-
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>---</u>	<u>---</u>	-
29. Bilanzgewinn				22.982.345,40	12.739

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches erstmalig in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG), des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht angepasst.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, bei denen die Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist und deren Börsen- oder Marktpreis zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag oder deren Buchwert unter dem Rücknahmepreis lag. Wie im Vorjahr wurden bei der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips für festverzinsliche Wertpapiere die über den Börsen- oder Marktpreisen liegenden Rücknahmepreise als Wertobergrenze herangezogen.

Mit gleicher Methodik wurde im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise bei Investmentanteilen teilweise nicht auf niedrigere Rücknahmepreise abgeschrieben, soweit diese auf nicht dauernde Wertminderungen der enthaltenen Anlagen zurückzuführen sind.

Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

— HANDELSBESTAND

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) bewertet. Gemäß IDWRS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten »Handelsbestand« (Aktiv oder Passiv) in Abzug gebracht.

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Für die zu berücksichtigenden Risikoabschläge nutzt die Sparkasse Bremen die für die interne Risikosteuerung ermittelten Value-at-Risk-Abschläge. Hierbei wurde eine Haltedauer von 10 Tagen, ein Beobachtungszeitraum von 250 Tagen und ein Konfidenzniveau von 99,9 % angenommen. Der hierbei ermittelte absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 0,3 Mio. €.

Die Sparkasse Bremen weist ihre laufenden und abzugrenzenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsbeständen nicht im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes, sondern in den korrespondierenden Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung aus, da dieses der internen Steuerung entspricht.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten bei der erstmaligen Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts wurde ein geringer Teil des Sachanlagevermögens, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

Bis zum Geschäftsjahr 2007 wurden geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 legte die Sparkasse hierfür nach Neuregelung zulässigerweise die steuerlichen Vorschriften nach § 6 Abs. 2 und 2a EStG zugrunde (Bildung jahrgangsbezogener Sammelposten mit gleichmäßiger erfolgswirksamer Auflösung über 5 Jahre). Seit dem Geschäftsjahr 2010 wurden die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 410,00 EUR (ohne Vorsteuer) aufgrund ihrer unwesentlichen Bedeutung für die Sparkasse Bremen im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen. Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichte fristenkongruente Zinssatz zugrunde gelegt.

Aus der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergab sich per 31.12.2010 eine Überdotierung bei einigen Rückstellungen i. H. v. insgesamt 0,5 Mio. €. Da diese Überdotierungen voraussichtlich bis spätestens zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden müssen, wurden die Rückstellungen in unveränderter Höhe beibehalten.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Sie wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Abzinsungssatz beträgt 5,15 %. Darüber hinaus wurde eine Gehaltssteigerung von 2,5 %, eine Rentensteigerung von 1,5 % und eine Steigerung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgröße von 1,0 % p. a. zugrunde gelegt.

In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen ergebende Zuführungsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel angesammelt. Zum 31.12.2010 beträgt der noch zuzuführende Betrag 74,0 Mio. €. Die Ermittlung des Zuführungsbetrages erfolgte dabei auf den 31.12.2010.

— WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB in Verbindung mit § 256 a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die vollständig nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340 h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung).

Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlust-Rechnung in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Posten 8) bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Posten 11) erfasst.

— BEWERTUNGSEINHEITEN

Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Abschlussstichtag und während der Laufzeit des Grundgeschäfts vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match). Derivative Kundengeschäfte sowie die mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten abgeschlossenen gegenläufigen Sicherungsgeschäfte werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst.

Als Grundgeschäfte werden schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 278,1 Mio. € in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Diese Geschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins- und Fremdwährungsrisiken abgesichert. Dabei sind Zinsänderungsrisiken in Höhe von 254,3 Mio. € und Fremdwährungsrisiken in Höhe von 23,8 Mio. € abgesichert.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

— AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	183.222
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	574.018
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	79.135
– mehr als fünf Jahre	356

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 7.662)	9.198
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 250)	223
– Forderungen an die eigene Girozentrale	420
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	860.466
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	361.578
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	573.368
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.827.301
– mehr als fünf Jahre	4.075.323

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 29.610)	27.115
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 252.092)	207.118
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 31.608)	6.508
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.608)	1.508
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

421.201

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	726.664
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	41.107
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 740.869)	614.518
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 249.111)	149.120
– Zeitwert dieser Wertpapiere	142.552
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: 6.067)	5.456

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	–
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	28.482
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 536.441)	608.305
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: 254.968)	270.125
– Zeitwert dieser Wertpapiere	254.263
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	503.744

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften vollständig thesauriert.

Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10%:

Fonds	Buchwert 31.12.2010	Marktwert 31.12.2010	Unter- schiebs- betrag	Ausschüttung 2010	Tägliche Rückgabe möglich	Anwendung NWP
Rentenfonds						
Lupus Alpha Em. M.	7.496	7.496	0	0	Nein ¹	Ja
IP Opti Flex 2009	5.000	5.367	-367	0	Ja	Ja
Lupus Alpha L/s Duration	19.007	19.007	0	509	Ja	Ja
HI Bremen 3	170.000	157.495	12.505	1.830	Ja	Nein ²
HI Bremen 7	115.331	115.331	0	4.590	Ja	Ja
HI Bremen 9	100.125	96.769	3.356	4.050	Ja	Nein ²
HI Bremen 10	118.288	119.480	-1.192	3.370	Ja	Ja
Aktienfonds						
Spf Mg Alpha Plus UI I	1.979	1.979	0	0	Ja	Ja
Lupus Alpha Neurobayes I.	9.614	9.614	0	0	Ja	Ja

¹ Die Rückzahlung der Anteile erfolgt zehn Tage nach Ankündigung durch die Sparkasse.

² Zur Anwendung des Niederstwertprinzips verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bei den Wertpapieren.

zu 6a. Handelsbestand

Der Posten 6a ist wie folgt aufzugliedern:

– Derivative Finanzinstrumente	–
– Forderungen	–
– Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.765
– Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.466
– Sonstige Vermögensgegenstände	–
– Zwischensumme	26.231
– Risikoabschlag	349
– Gesamt	25.882

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	–

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	18.590
– Sonstige Vermögensgegenstände	813

zu 10. und 11. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	29.849	252.770
Zugänge	26	820
Abgänge	9.306	3.033
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>18.419</u>	<u>158.857</u>
Bilanzwerte am Jahresende	2.150	91.700
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.068	7.490

Im Posten 11 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude		58.109
– Betriebs- und Geschäftsausstattung		11.059
– Sammelposten für geringwertige Vermögensgegenstände		276

zu 12. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 12 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 83)		86
--	--	----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Forderungen aus Anteilsverkäufen		7.610
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)		7.000
– Forderungen an verbundene Unternehmen		5.242
– gezahlte Optionsprämien		4.546

zu 13. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 13 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 543)		438
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 1.802)		1.571

–PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	1.103.226
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	223.353
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	571.598
– mehr als fünf Jahre	758.168

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 4.857)	5.486
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 32.350)	17.482
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	14.472

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 972,7 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	61.551
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	123.394
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	80.854
– mehr als fünf Jahre	5.172

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	277.386
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	164.628
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	153.335
– mehr als fünf Jahre	280.075

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 30.733)	35.437
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 37.016)	23.774

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 78.087

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.285)	503
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.744)	15.744

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.818
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.585

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.743
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	5.171
– von unseren Kunden einbehaltene Abgeltungssteuer	4.673

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen
enthalten (Vorjahr: 5.476):

4.538

zu 8. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 8 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.021)

1.021

– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 214)

214

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind
in 2010 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen:

8.361

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und
Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von
2011 bis 2020. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in
Kapital oder eine andere Schuldforn ist nicht vorgesehen.

zu 9. Genussrechtskapital

Der Bestand betrifft 9 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2010 wurden
keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose
Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse
in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine Stille Einlage in Höhe
von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 7 Jahren und 6 Monaten sowie eine Stille
Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 6 Jahren.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 03.06.2010 wurde der Bilanzgewinn 2009
in Höhe von 12,7 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2010 von insgesamt
23,0 Mio. € 22,4 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,6 Mio. € an die Finanzholding
der Sparkasse in Bremen auszuschütten.

zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)

Die Eventualverbindlichkeiten unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-,
-entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die Genehmigung der Kreditvergabe und
-überwachung ist an die Höhe des einzelnen Risikos gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen
und Bonität der Kreditnehmer sind entsprechende Kreditkompetenzen definiert, so dass
Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.
Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten
gegenüber Dritte sind nicht zu passivieren, da die zugrundeliegende Verbindlichkeit durch die
Kreditnehmer aller Voraussicht nach erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme
nicht zu rechnen ist.

zu Andere Verpflichtungen (Nr. 2 unter dem Strich)

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und noch
nicht vollständig ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen organisatorisch
geregelten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Wesentliche Ausfallrisiken
sind hieraus nicht zu erkennen.

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 287,5 Mio. € respektive 289,3 Mio. €.

— LATENTE STEUERN

Passive latente Steuern aufgrund zu versteuernder temporärer Differenzen resultieren im Wesentlichen aus dem unterschiedlichen Ausweis von Beteiligungen an Personengesellschaften in Handels- und Steuerbilanz. Diese werden mit aktiven latenten Steuern aufgrund abzugsfähiger temporärer Differenzen aus unterschiedlichen Ansätzen von Forderungen, Wertpapieren und Rückstellungen in Handels- und Steuerbilanz kompensiert. Der insgesamt sich ergebende Überhang aktiver Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 6,8 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 51,9 Mio. €.

Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlicher Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einer Tochtergesellschaft zu ermöglichen, etwaige Ausgleichszahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der Tochtergesellschaft ist.

— ANHANGANGABEN GEMÄSS

§ 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Bei den Geschäften mit sonstigen Risiken handelt es sich um Kreditderivate sowie um strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten der Emittentinnen.

	Restlaufzeit	NOMINALWERTE			Gesamt Mio. €	davon Handelsbestand Mio. €	MARKTWERTE	
		bis 1 Jahr einschl. Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €			positiv Mio. €	negativ Mio. €
Zinsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte		207,5	1.417,4	1.809,0	3.433,9	0,0	42,3	135,1
Börsengeschäfte		–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte		469,2	54,7	54,6	578,5	0,0	11,3	9,9
Börsengeschäfte		–	–	–	–	–	–	–
Geschäfte mit sonstigen Risiken								
OTC-Produkte		–	124,8	–	124,8	0,0	124,7	–
Börsengeschäfte		–	–	5,4	5,4	0,0	5,0	–
Gesamt					4.142,6	0,0		

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps/Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinnten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Kreditderivate

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eingegangene Sicherungsgeberpositionen, die als Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden.

Strukturierte Produkte mit Kündigungsrechten

Die von der Sparkasse erworbenen strukturierten Produkte mit Kündigungsrechten werden nach den allgemeinen Bewertungsgrundsätzen behandelt.

— PFANDBRIEFE

Die Sparkasse Bremen AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2009 Pfandbriefe. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

	2010	2009
	in Mio. €	in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1		
Hypothekendarlehen		
Nennwert	85,1	53,0
Barwert	90,3	53,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	73,2	43,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	112,3	66,6
Deckungsmasse		
Nennwert	234,0	119,3
Barwert	259,8	132,2
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	226,2	114,6
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	299,2	153,7
Überdeckung		
Nennwert	148,9	66,3
Barwert	169,5	78,4
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest + 250 BP	153,0	70,8
Risikobarwert ¹⁾ Stresstest - 250 BP	186,9	87,1
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2		
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens		
bis zu 1 Jahr	0,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,0	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,0	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,0	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	58,0	43,0
ab 10 Jahren	27,1	10,0
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
bis zu 1 Jahr	7,1	2,5
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	8,6	3,4
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	12,5	5,8
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	26,5	6,6
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	14,3	10,5
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	136,7	76,5
ab 10 Jahren	28,3	14,0
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3		
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.		
	2010	2009
	in Mio. €	in Mio. €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4		
In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG enthalten:		
gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	10,0	5,3
davon in Deckungswerten gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG	10,0	5,3
¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV		

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind rd. 4 % periodenfremde Erträge enthalten. Davon entfällt die Hälfte auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

zu 2. Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio. € enthalten.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 3,3 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 5,7 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen und 2,5 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge enthalten.

Es wurden Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio. € und aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 0,3 Mio. € erfasst.

zu 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 15,0 Mio. € sowie Aufwendungen aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 0,6 Mio. € enthalten.

zu 21. Außerordentliches Ergebnis

In diesem Posten sind ausschließlich Erträge und Aufwendungen aus der Umstellung auf die Vorschriften des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts enthalten.

	2010		2009	
	in Mio. €		in Mio. €	
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1				
a.) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen Kreditdeckung				
– bis zu 300 T€	205,4		109,5	
– über 300 T€ bis zu 5 Mio. €	12,2		4,5	
– mehr als 5 Mio. €	6,4		0,0	
Sichernde Überdeckung				
– bis zu 300 T€	0,0		0,0	
– über 300 T€ bis zu 5 Mio. €	0,0		0,0	
– mehr als 5 Mio. €	10,0		5,3	
b.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten ¹⁾				
Bundesrepublik Deutschland	224,0		114,0	
c.) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ¹⁾				
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	2010	2009	2010	2009
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Wohnungen	30,9	8,7		
Einfamilienhäuser	148,3	83,3		
Mehrfamilienhäuser	31,4	15,9		
Bürogebäude			0,3	0,0
Handelsgebäude			0,0	0,0
Industriegebäude			7,8	2,6
sonstige gewerblich genutzte Gebäude			5,3	3,3
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten			0,0	0,0
Bauplätze			0,0	0,2
	2010		2009	
	in Mio. €		in Mio. €	
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2				
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen ¹⁾	0,0		0,0	
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	2010	2009	2010	2009
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3				
a.) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2010	0	0	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0	0	0
b.) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0	0	0
	2010	2009	2010	2009
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
c.) Rückständige Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ keine Grundstücksicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital Ende 2010 in %	Eigenkapital 2009 in T€	Ergebnis 2009 in T€ ³
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	63.392	4.563
LBS Landesbausparkasse Bremen AG, Bremen	25,0	37.158	2.443
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	12.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.710	60
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	150 ²	-6 ²
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2010

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	10,7
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	8,0

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,7 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,1 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel
Otto Lamotte
Heiko Oerter
Hans-Joachim Schur
Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,4 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2010 für Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Joachim Döpp
Thomas Fürst

Klaus Schöniger
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

(ab 01.08.2010)

stellvertretendes Vorstandsmitglied (bis 30.04.2010)

Mitglied des Vorstandes (ab 01.05.2010)

(bis 30.06.2010)

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 0,1 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,1 Mio. € vergütet, davon 1,4 Mio. € fixe Bezüge und 0,7 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,4 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen von 19,3 Mio. €. In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird davon ein Betrag von 4,2 Mio. € bis spätestens zum 31.12.2024 angesammelt.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

—DR. TIM NESEMANN

Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG	AR, stv. Vorsitzender (bis 31.12.2010)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR, Vorsitzender
GEWOBA Aktiengesellschaft	
Wohnen und Bauen	AR
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR

—THOMAS FÜRST

Bremer Toto-Lotto GmbH	AR
Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH	AR, Vorsitzender
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender (ab 01.10.2010)
neue leben Holding AG	AR (ab 26.11.2010)
neue leben Pensionskasse AG	AR (ab 26.11.2010)
neue leben Pensionsverwaltung AG	AR (ab 26.11.2010)
neue leben Unfallversicherung AG	AR (ab 26.11.2010)

—JOACHIM DÖPP

Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied (ab 01.10.2010)
---------------------------------	-----------------------------------

—KLAUS SCHÖNIGER

BREBAU GmbH	AR, Vorsitzender (bis 30.09.2010)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	AR (bis 06.06.2010)
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender (bis 30.09.2010)
neue leben Holding AG	AR (bis 30.09.2010)
neue leben Pensionskasse AG	AR (bis 30.09.2010)
neue leben Pensionsverwaltung AG	AR (bis 30.09.2010)
neue leben Unfallversicherung AG	AR (ab 09.04.2010 bis 30.09.2010)
Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied (bis 30.09.2010)
S Broker AG & Co. KG	AR (bis 30.09.2010)

—DR. HEIKO STAROßOM

BREBAU GmbH	AR, Vorsitzender (ab 01.10.2010)
Öffentliche Versicherung Bremen	AR

— HOLM DIEZ

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

AR

— NIELS RASMUSSEN

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

(ab 19.05.2010)

— THORSTEN ROTH

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR

(ab 07.06.2010)

— BERNHARD RUSCHKE

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

(bis 15.04.2010)

**MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte

961 ¹

Teilzeit- und Ultimokräfte

479 ¹

1.440

Auszubildende

83

Insgesamt

1.523

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte

0

– Teilzeit- und Ultimokräfte

62

Bremen, 22. Februar 2011

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Dr. Nesemann

Döpp

Fürst

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 11. April 2011

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Jacobs
Wirtschaftsprüferin

8 Unterschriftenseite

Bremen, den 25. August 2011

Die Sparkasse Bremen AG



Heinz Pfäff



Christian Kist